

licher, auch einfacher zu bewältigen ist. Neben Mondragone sind in Valencia, Spanien, und in Fatima, Portugal, Stätten für die Ausbildung in dem Erneuerungsprogramm des Papstes entstanden. Für Länder wie Deutschland muß diese große Aufgabe in mancher Hinsicht umgedacht werden. Denn hier müssen nicht nur die Katholiken mobilisiert werden, um — wie es P. Lombardi sagt — eine neue „Gegenreformation“, das heißt aber in diesem Falle ganz konkret: eine organisierte Gegenbewegung gegen den militanten Unglauben zu schaffen. Hier geht es ebenso sehr darum, alle gläubigen Christen, ja alle Menschen guten Willens in eine solche Bewegung einzubeziehen, wie der Papst immer wieder einschärft. Daher auch die immer noch nicht genug bedachte und für unsere Verhältnisse konkretisierte Toleranzrede des Papstes vom 6. Dezember 1953 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 173 f. und dazu jetzt das lesenswerte Buch von Albert Hartmann SJ „Toleranz und christlicher Glaube“, J. Knecht Verlag, Frankfurt a. M. 1955, 282 S.). Wer durch die mancherlei Glaubensschwierigkeiten der evangelischen Konfessionen hindurchsieht, wer an die Bewegung des Deutschen Evangelischen Kirchentages oder an die segensreiche Arbeit der Evangelischen Akademien denkt, von der wir so manches haben lernen können, ganz zu schweigen von der Ökumenischen Bewegung, der kann hier teilweise die gleichen Anliegen feststellen, einen ganz ähnlichen Kreuzzug der Liebe und der Hoffnung auf das Evangelium, und zwar aus eigenen Antrieben, auch wenn die präzisen katholischen Lösungen der sozialen Fragen nicht immer geteilt werden. Da ist es um so mehr die Aufgabe der Hirten und Lehrer, ohne die Spur des verderblichen Indifferentismus in Glaubensfragen, Wege und Maßnahmen zu finden, um alle christlichen Kräfte im politischen Raum in freiem Bunde zu koordinieren. Das wird freilich in der Hauptsache die Aufgabe der Politiker in enger Zusammenarbeit mit den Moraltheologen sein. Aber die letzte Verantwortung und selbst die Initiative liegt auch hier bei den Bischöfen, und durchtragen muß diese Sache der Pfarrklerus in den Gemeinden. Da fehlt uns ein solches Exerzitienhandbuch über die christlichen Grundsatzfragen, das dem Werk von P. Lombardi entspricht, aus welchem alle Christen und alle Menschen guten Willens erkennen können, daß die katholischen Grundsätze zur Erneuerung der Gesellschaft die Gedanken des Evangeliums sind und daß sie dem Sinn der erlösten Schöpfung entsprechen. (Vgl. dazu auch die Gebetsmeinung „Um friedliche Zusammenarbeit der Völker nach christlichen Grundsätzen“ für August 1955; Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 433 f.)

4. Es ist also eine große, eine sehr große Sache, für die uns der Papst im Adventsmonat beten läßt, auf den uns die Gebetsmeinung vom November für die Erweckung der Buße vorbereitet hat. Es ist wirklich keine Zeit mehr zu verlieren, zumal da diese Zusammenarbeit der Christen leider noch gründlich durchgedacht und durchgesprochen werden muß. Lassen wir uns nicht durch das „deutsche Wunder“ wirtschaftlicher Blüte verleiten, die Sache zu verschieben und uns zu sicher zu fühlen. Die Frist, die uns gelassen ist, und die Mittel, die reichlicher als früher zur Verfügung stehen, dürfen nicht nur für den Ausbau des kirchlichen Apparates und für Kirchenbauten verwendet werden, so notwendig das auch ist. Darum legt der Heilige Vater einen so großen Wert auf „die Gebete der Demütigen und Kleinen“, die Gebete der Leidenden und Kranken, die Gebete der Kinder. Sagen wir es ihnen mit den

Worten des Papstes: der Feind ist überall! Sagen wir es den Frauen und Müttern, um was es geht. Lassen wir die Stimme des Papstes nicht vergeblich Jahr um Jahr ins Land gehen, ohne ihr das Echo des Gebetes und des Nachdenkens, der Mitarbeit und einer selbständigen Verwirklichung zu schenken. Ersparen wir der Welt den Anblick einer Kirche, die zwar das Licht des Lehramtes in der Finsternis hat, die es aber nicht in allen ihren Gemeinden zum Leuchten bringt.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Liturgische Richtlinien Der Erzbischof von Freiburg hat in der Erzdiözese Freiburg Richtlinien für die Gestaltung des sonntäglichen Gottesdienstes herausgegeben, die bis Ostern 1957 in allen Gemeinden durchgeführt werden sollen. Ihr Zweck besteht darin, eine gewisse Einheit der Formen herbeizuführen und zugleich die aktive Anteilnahme der Gläubigen im Sinne der päpstlichen Anregungen zu intensivieren.

Für alle Sonntagsgottesdienste sollen vier allgemeine Grundsätze gelten: In jedem Gottesdienst wird die heilige Kommunion gespendet; die Predigt findet nach dem Evangelium statt; beim Segen schweigen Orgel und Lied; Stille während des Kanons wird empfohlen.

Für den Sonntagsgottesdienst sind fünf Formen zugelassen: lateinisches Hochamt, Hochamt mit deutschen Gesängen, Bet-Singmesse, Singmesse und stille Messe. Das Hochamt ist der Pfarrgottesdienst.

Beim lateinischen Hochamt sollen die Responsorien von der ganzen Gemeinde gesungen werden. Wo es nicht möglich ist, die Gemeinde zum Gesang des ganzen Ordinariums zu erziehen, soll wenigstens das 3. Credo eingeführt werden.

Beim deutschen Hochamt singt die Gemeinde außer den lateinischen Responsorien deutsche Lieder anstelle des Ordinariums. Diese müssen dem Gesang der Meßfeier inhaltlich entsprechen, Anfangs- und Schlußlied dürfen dem Fest oder Kirchenjahr angepaßt sein. Die Auswahl der Lieder trifft der Priester persönlich.

Die Bet-Singmesse kommt dem Hochamt am nächsten und kann es im Pfarrgottesdienst begründeterweise vertreten. Man darf aber wegen des eigenen Charakters der zur Sonntagsfeier versammelten Gemeinde nicht einfach die Form wählen, die für eine Jugendgemeinschaftsmesse am Werktag möglich oder angemessen ist. Daher sind die Gesangsteile des Propriums (Introitus, Graduale usw.), wenn überhaupt, von einer Schola zu rezitieren. Für die Verteilung der Funktionen zwischen Priester, Vorbeter, Lektor, Schola und Gemeinde gilt das Hochamt als Vorbild. Die Gemeinde antwortet nicht mehr als im Hochamt. Der Priester darf bei den ihm im Hochamt vorbehaltenen Gesängen in der Bet-Singmesse durch den Vorbeter „nicht völlig zugedeckt werden“. Zum Beispiel soll er die Oration mit dem „Oremus“ anstimmen und mit der Konklusion beschließen. Der Vorbeter kann den Text sprechen. Auch wenn die Singmessen des überalterten Diözesangesangbuches in einfachen Verhältnissen noch zugrunde gelegt werden, soll die Gemeinde in den Dialog einbezogen werden. Die Präfation kann „bisweilen“ deutsch gebetet, das Vaterunser wird „zumeist“ von der Gemeinde gesprochen werden, nachdem es durch den Prie-

ster und Vorbeter eingeleitet wurde. Der Vorbeter spricht auch den Embolismus.

Bei der reinen Singmesse müssen die Gläubigen einige Male in den Dialog mit dem Priester kommen. Die wichtigste Stelle dafür ist die Einleitung zur Präfation. Es wird empfohlen, auch in diesen Messen durch den Lektor die Epistel und durch den Priester das Evangelium zu verkündigen. Bei der stillen Messe soll, falls genügend Teilnehmer anwesend sind, das Evangelium vorgelesen und anschließend das Credo gemeinsam gebetet werden, die Einleitung der Präfation möglichst im Dialog. Auch ein Schlußlied wird empfohlen. Die Kinder sollen maßvoll in den Dialog eingeführt werden.

Die Priester mögen jeden Gottesdienst rechtzeitig und sorgfältig gestalten und dann auch so vollziehen, daß die verschiedenen Funktionen der übrigen Gestaltenden würdig vor sich gehen können. Der Lektor, sofern er Laie ist, soll möglichst in liturgischem Gewand vom Chor aus die Lesungen vortragen, nicht von der Empore oder irgendeiner Stelle des Schiffes, aber auch nicht von der Kanzel. Die Schola ist unerlässlich, ihre Bildung in allen Gemeinden empfohlen. Den Kirchenchören obliegt die Ausgestaltung feierlicher Gottesdienste und die Ergänzung der Gemeinde z. B. durch wechselweises Singen des lateinischen Ordinariums im Amt.

Im Hochamt kniet die Gemeinde zum Stufengebet, Offertorium, Kanon, nach dem Agnus Dei und zum Segen. Sonst steht sie, außer zur Epistel und zum Graduale. In den Stillmessen hat sie zu knien. Bei Bet-Sing- und Singmessen ist anzustreben, daß sich alle auch zum Gloria, Credo, zur Präfation und zum Paternoster erheben. Das Stehen ist auch die angemessene Haltung beim Eingangslied.

Ein Jahr Frankfurter Bildungsarbeit

Die „Frankfurter Bildungsarbeit“, die als Aufgabengebiet im Rahmen der Frankfurter Katholischen Volksarbeit (Katholische Aktion) vor einem Jahr ins Leben gerufen wurde, um durch fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den katholischen Institutionen und Verbänden der Großstadt eine intensive, gläubig gebundene Erwachsenenbildung durchzuführen, konnte unter Berücksichtigung der im ersten Jahr gewonnenen Erfahrungen ihr neues umfangreiches Winterprogramm vorlegen. Ein konkretes Bild über den Erfolg des ersten Arbeitsjahres zu geben, ist wie bei aller Bildungsarbeit nach solch kurzer Zeit noch recht schwierig. Wollte man es nach nüchternen Zahlen beurteilen, so würden die 9000 Besucher der insgesamt 135 Veranstaltungen wohl ein zufriedenstellendes Bild ergeben. Die „Frankfurter Bildungsarbeit“ ist sich jedoch klar darüber, daß diese „Außenarbeit“ der Veranstaltungen in den verschiedensten Stadtteilen nur halbe Arbeit wäre, würde sie nicht im persönlichen und vertrauensvollen Gespräch weitergeführt werden und würde nicht den suchenden Menschen in ihren familiären, sozialen und sonstigen persönlichen Anliegen Rat, Auskunft und wegweisende Hilfe zuteil. Bildungsarbeit auf neuen Wegen bedeutet hier: nicht die unverbindliche Verkündigung zeitloser Wahrheiten, sondern das mutige Sichstellen gegenüber den drängenden Fragen und der Ratlosigkeit unserer spezialisierten und komplizierten Zeitsituation. So ergänzt eine umfassende Sprechstunden- und Beratungstätigkeit das, was in den Diskussionsabenden, Rundgesprächen und Vortragsveranstaltungen gemeinsam erarbeitet wird, um offene Fragen, Unklarheiten

und besondere persönliche Schwierigkeiten zu beheben. Es ergibt sich dann auch das Bild einer außerordentlich regen Inanspruchnahme dieser Beratungsstellen, von denen die Rechts- und Sozialberatung mit rund 1350 Beratungsfällen in Miet-, Ehe-, Renten-, Wohnungs- und Flüchtlingsfragen an der Spitze liegt. Die Eheberatungsstelle weist durchschnittlich 35—40 Beratungsfälle im Monat auf, die Erziehungsberatungsstelle, die staatlich anerkannt ist und deshalb auch von den zuständigen Jugendämtern Zuweisungen erhält und gutachtlich gehört werden kann, wird monatlich von rund 80—100 Personen aufgesucht. Aus den Anregungen der Gesprächsabende, Kurse und Diskussionen heraus, aber nicht minder aus den Erfahrungen der Sprechstundentätigkeit des vergangenen Jahres erfolgte nun die Ausarbeitung des Winterprogrammes für das zweite Arbeitsjahr.

Die „Frankfurter Gespräche über Schule, Familie, Erziehung“ werden in acht verschiedenen Stadtteilen durchgeführt werden. Es sind Diskussionen vorgesehen zwischen den Interessierten einerseits und andererseits mit Psychologen, Ärzten, Priestern, Lehrern und Berufsberatern über Themen wie: Wann werden Kinder schwierig? — Die Schulwahl — Elterliche Autorität und Rechte der Jugend — Freizeitgestaltung in der Familie — Bildung und Erziehung des kindlichen Gewissens. Öffentliche Diskussionsabende unter Mitarbeit von Prof. v. Nell-Breuning, Prof. Hirschmann, Prof. Neundörfer, Walter Dirks u. a. behandeln brennende kirchenrechtliche, sozialpolitische und familienrechtliche Fragen. Für mehr akademisch interessierte Kreise sind eine Reihe von Aulavorträgen vorgesehen, in denen sich der Theologe, der Biologe, der Anthropologe, der Sozialpsychologe und der Philosoph zum Thema „Die Stunde des Materialismus geht zu Ende“ äußern werden. In Zusammenarbeit mit den einzelnen Pfarreien läuft der „Kurs zur religiösen Weiterbildung“ als eine ins Leben übersetzte Darlegung der Glaubenslehre für Erwachsene unter Mitwirkung namhafter Theologen und Katechetten in drei verschiedenen Stadtteilen weiter. Zusammen mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend werden zahlreiche Gesprächsabende und gesellige Veranstaltungen an vier verschiedenen Orten der Stadt besonders die Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren ansprechen.

Die obenerwähnte Beratungstätigkeit sowie die praktischen Kurse wurden weiter ausgebaut. Neben der Beratung durch Priester, Pädagogen und Fürsorgekräfte, Ärzte und Juristen, Psychologen und Psychagogen, wobei alle Beratungen kostenlos und auf Wunsch ohne Namensnennung erfolgen, steht ein Schülertagesheim mit drei Fachlehrern und einer Jugendleiterin zur Verfügung. Außerdem werden in einem heilpädagogischen Hort unter Leitung einer Fachkraft kindliche Neurosen in Einzel- und Gruppentherapie behandelt. Weiter ausgebaut wurde die Mütterschule des Familienbildungswerkes, die mit praktischen Kursen in Säuglingspflege, Krankenpflege, Nähen und Zuschneiden, offenen Nähstuben, Stricken mit Handstrickapparaten, Kochkursen, Schwangeren-Frühgymnastik, Rhythmischem Turnen für Kinder, Mal- und Bastel- sowie Flöten- und Singekreise für Kinder aufwartet, ferner Erziehungskurse für die Altersstufen des Kleinkindes, des Schulkindes und des Kindes im Reifealter durchführt. Schließlich leiht diese Mütterschule unbemittelten Müttern Handstrickapparate, Webapparate, Babykörbe und Erstlingsausstattungen gegen geringe Gebühr aus.

Zum Priestermangel im Bistum Meißen Wir hatten in unserer Soziographischen Beilage Nr. 2 (9. Jhg., nach S. 360) den Priestermangel in Deutschland dargestellt und uns dabei an das Werk von Prälat Schuldis, „Das Päpstliche Werk für Priesterberufe“ (Freiburg i. Br. 1953), gehalten. Das Bistum Meißen kam dabei mit einer Fehlzahl von 20 Priestern an die letzte Stelle. Das Ordinariat Meißen bittet uns richtigzustellen, daß diese Zahl nur für die Besetzung der schon errichteten und unbesetzten Priesterstellen gilt, nicht aber für eine ausreichende Seelsorge unter den sehr verstreut lebenden Katholiken dieser Diasporadiözese. Auf die 528 000 Katholiken des Bistums kommen nur 279 Diözesan- und 42 Ordenspriester, d. h. auf 1650 Katholiken ein Priester (innerhalb Deutschlands das ungünstigste Verhältnis). Um eine gleiche Relation zwischen Weltpriestern und Katholiken wie in anderen deutschen Diözesen zu haben, fehlen in der Diözese Meißen gegenüber

der Diözese Limburg	140 Priester
der Erzdiözese Köln	170 Priester
der Erzdiözese Freiburg	280 Priester
der Diözese Eichstätt	515 Priester.

Die tatsächliche Fehlzahl für die ordentliche Seelsorge im Bistum Meißen beläuft sich nach den Angaben des Ordinariats auf wenigstens 140 Priester. (Entsprechende Berichtigungen gelten für eine Reihe weiterer Diözesen. Kardinal Bertram nannte als Maximum für eine verantwortbare Diasporaseelsorge 1200 Seelen auf einen Priester; man vergleiche demgegenüber die von uns a. a. O. nach dem neuesten Stand errechneten Verhältniszahlen.)

Ein Beitrag zur Frage der „Weltanschauungsfächer“

Die Gegner der konfessionellen Schule behaupten häufig, es sei Unsinn, zu sagen, daß auch die weltlichen Fächer, so wie sie in den Schulen gelehrt werden,

einen weltanschaulichen Charakter hätten und deshalb notwendigerweise auch im Geist einer Weltanschauung gelehrt würden bzw. gelehrt werden müßten. Es gebe z. B. keine christliche oder katholische Geographie.

Der dialektische Materialismus weiß das besser. Die Zeitschrift „America“ (30. Juli 1955) berichtet über einen Aufsatz von V. L. Kotelnikoff in einer russischen Unterrichtszeitschrift. Der Verfasser stellt am Anfang fest, daß eine gediegene Erziehung zum Atheismus nur unter Teilnahme aller Unterrichtsfächer möglich sei und daß auch alle anderen Einrichtungen der Schule: Freizeitbeschäftigung, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte in ihren Dienst gestellt werden müssen. Dann erläutert er, wie man die Schüler im Erdkundeunterricht zum Atheismus hinführt. Natürlich gibt es dafür kein gültiges Rezept. Man kann nur Beispiele bringen, um die Methode anzudeuten. Die Besprechung des Klimas, der Jahreszeiten und der Feste, mit denen die Völker ihren Rhythmus feiern, bieten immer wieder eine ausgezeichnete Gelegenheit, den Inhalt der christlichen Feste zu erklären, die in Wahrheit nichts anderes sind als Umfälschungen. Wenn man die Entwicklung der Erde behandelt, kann man leicht den „christlichen Schöpfungsmythos“ erledigen. Das Thema Wasserhaushalt gibt Anlaß zur Besprechung der Sündflut oder auch der Legende von einem „allmächtigen Gott“. Die Wirtschaftsgeographie muß entwicklungsgeschichtlich behandelt werden. Dabei läßt sich erweisen, daß die alttestamentarische

Geschichte nichts weiter ist als eine Umdeutung wirtschaftlicher und sozialer Vorgänge. Wenn man von Amerika oder Australien spricht, ist zu zeigen, daß die Bibel von ihrer Existenz nichts weiß. Bei dieser Gelegenheit kann man dann auch ihre anderen geographischen Irrtümer aufdecken. Immer muß der Lehrer auch darstellen, wie die Kirche die Entwicklung der einzelnen Länder und Völker behindert hat. Ein ganz vorzüglicher Gegenstand zur Belehrung über den dialektischen Materialismus bietet sich natürlich auch bei der Behandlung der einzelnen Rassen und ihrer Geschichte. Es wäre ganz verfehlt, so schließt Kotelnikoff, den Atheismus als gesondertes Lehrfach zu behandeln. Er muß überall einfließen.

Wenn man auch die von Kotelnikoff gewählten Beispiele nicht einfach ins Christliche wenden kann, so zeigen sie doch, daß ein von seiner Religion durchdrungener und von ihrem Wert überzeugter Lehrer in jedem Unterrichtsfach auf religiöse Dinge kommen kann. Wenn das möglich ist und wenn die Schule mehr tun soll als Fachkenntnisse beibringen, wie kann sie dann die vielen Möglichkeiten ungenutzt lassen? Oder ist es ein Vorrecht des Materialismus, allen Nachdruck auf die Erziehung zu seiner Weltanschauung zu legen? Sicher kein Vorrecht, aber womöglich ein Vorzug!

Salzburger Hochschulwochen 1955 Die diesjährigen Salzburger Hochschulwochen (6.—22. August) behandelten „Die geistigen Mächte der Gegenwart und die Heilsmacht der Kirche“. Die Hörerzahl betrug 800, hauptsächlich Teilnehmer aus Österreich und Deutschland — der Deutsche Katholische Akademikerverband und die Görresgesellschaft waren Mitveranstalter —, dazu Gäste aus der Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Schweden und den USA.

Ein Vortrag über das philosophische Denken im allgemeinen, Philosophie und Wissenschaft (Alfons Adams, Paderborn) leitete am 6. 8. die Hochschulwochen ein. Dann folgte am Sonntag das feierliche Pontifikalamt im Dom, gehalten von Kardinal Frings, Köln. In der Predigt erklärte der Kardinal, daß das Thema der Hochschulwochen nicht als Gegensatz schlechthin verstanden werden wolle, daß vielmehr sorgfältig unterschieden werden müsse zwischen Mächten, die von der Wurzel her krank sind, wie Kommunismus und Laizismus, und Mächten, die bejaht und vom christlichen Glauben durchdrungen werden können. Hierzu bedürfe es viel christlichen Mutes und der Kraft der Synthese.

Bei der großen Zahl von Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften und Einzelvorträgen, welche die beiden Wochen füllten (in jeder Woche zwei fünfständige Hauptvorlesungen, einige mehrständige Arbeitsgemeinschaften sowie Einzelvorträge), können naturgemäß hier nur einige Hauptgedanken herausgegriffen werden.

Probleme der Naturwissenschaft

Rainer Schubert-Soldern, Wien, entwickelte in seiner Vorlesung „Die heutige Naturwissenschaft und die Naturphilosophie“ die klassischen philosophischen Begriffe und zeigte die Problematik, die sich aus der vertieften Kenntnis der Naturvorgänge, vor allem der lebendigen Natur ergeben. Er stellte die modernen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse den Behauptungen des Materialismus und Mechanismus gegenüber. Der Materialist sehe die chemisch-physikalischen Vorgänge als vollgültige Erklä-

rungen an und spreche vom Zufall, wo logischerweise eine zielstrebige Lenkung anzunehmen ist. So harmonisch wie die Zelle in einem Organismus und die Organismen auf ihre Umwelt reagieren, ist die gesamte Natur orientiert. Leben ist Geformtsein durch ein transzendentes Prinzip. Denn der Materie ist nicht immanent, einen Organismus zu konstituieren. Der überall sichtbaren Ordnung müsse eine Vernunft zugrunde gelegt werden, die mit einem Willen begabt ist und diese ganze Natur erschaffen hat.

Mythos und Offenbarung

Matthias Vereno, Bregenz, der Leiter des Instituts für vergleichende Religionsphilosophie, führte den Gedanken aus, daß die Mythen der Völker Erinnerungen an die Offenbarung sind. Da die Offenbarung bereits auf Christus bezogen ist, sind auch die Mythen auf die Offenbarung bezogen. Sie können daher in ihrem wahren Wesen nur von der Offenbarung her erfaßt werden. Im Mythos werde das Geistige immer im Bilde, in Analogie zur sinnlichen Welt dargestellt. Alle mythischen Motive sind universal, aber immer mit Variationen und nicht vollständig. „Der Mythos der Menschheit ist wie ein zerbrochener Spiegel, kein Stück enthält die ganze Erinnerung lückenlos.“ In seinem innersten Wesen ist der Mythos jenen Erkenntnissen sehr nahe, die in der geschichtlichen Offenbarung gefestigt sind: daß die gesamte Welt keine andere Ursache als Gott, ihren Schöpfer habe und keinen anderen Zweck, als den Schöpfer zu bezeugen, und daß es eine Sünde und Schuld gibt. Vereno führte diese Gedanken an Hand zahlreicher Mythen aus: Sehr häufig ist die Mikrokosmos-Makrokosmos-Beziehung, in welcher der Mensch als die Sinnmitte des Kosmos verstanden wird, der die gesamte sichtbare Schöpfung zusammenfaßt; dann der Mythos vom Ur- und Allmenschen, aus dessen Zerstückelung die Geschöpfe hervorgegangen sind; Mensch und Lebensbaum; Verbindung von Opfer und Opfermahl, und vieles andere. — Heute versuche man, mit rationalistisch zersetzten oder magisch überladenen Mythen der Bildlosigkeit der säkularisierten Kultur abzuwehren, doch ohne den entscheidenden Wahrheitsbezug. Als zwei große mythische Bereiche, die auch im Abendlande bedeutende Geistesmächte waren, nannte Vereno Astrologie und Alchemie.

Kommen unsere Begriffe an das Wesen der Natur heran?

Beda Thum OSB, Rom, behandelte ausgewählte Kapitel aus der Naturphilosophie. Er begann mit der Feststellung, daß es uns heute fraglich ist, ob es überhaupt eine strenge naturphilosophische Erkenntnis gibt. Die Naturphilosophie kann nicht, wie sie es gerne möchte, das Wesen der Naturdinge erfassen und dartun, daß die Erfahrungsgegebenheiten aus der Wesensstruktur verständlich sind. Auch eine Naturphilosophie, die hypothetische Ansätze über das Wesen der Dinge findet, um die Erfahrungsgegebenheiten zu verstehen, vermeidet nicht den kritischen Einwand, daß wir gar nicht über die Begriffe und Einsichten verfügen, mit denen wir wesensentsprechende Feststellungen machen können. Einem methodologisch strengen Examen hält nur jene Form der Kosmologie stand, die von den empirischen Gegebenheiten auf die notwendigen Voraussetzungen ihrer Möglichkeiten zurückschließt. Sie erreicht wohl gewisse Einsichten in die Struktur der Natur, aber ihre Einsichten bleiben mehr formal. Sie können nicht beanspruchen, eine materiale Wesenserfassung zu vermit-

eln, in welcher die Erscheinungen die notwendige Folge der Wesensstruktur sind. Thum zeigte, daß man berechtigt ist, das unmittelbar Gegebene durch die Idee von Naturgründen und von substantiellen Wesenheiten zu überschreiten. Die Schwierigkeiten, die sich heute von seiten der modernen Physik gegen diese Auffassung erheben, kommen aus der Unzulänglichkeit gewisser Vorstellungen vom Wesen des Körpers. Die physikalischen Vorstellungen liegen auf einer anderen Ebene und können die Grundlagen der Substanzidee nicht berühren.

Über die naturwissenschaftliche Problematik in der atomaren und kosmischen Physik der Gegenwart sprach Josef Meurers, Bonn. Das Kernproblem der modernen Naturwissenschaft liege darin, daß die Begriffswelt, die wir haben, auf das Atomare nicht mehr paßt und nicht mehr anwendbar ist. Die Natur stellt sich nicht so dar, wie unsere Begriffswelt ist. So hört in der Welt des Atomaren die Kausalität auf (freilich ist es nicht so, daß die Naturwissenschaft bewiesen habe, es gäbe im Atomaren keine Kausalität; bewiesen ist nur, daß man das mit den Mitteln der Physik nicht mehr feststellen kann). Es habe auch keinen Sinn, den Begriff des Körpers auf den Atomkern anzuwenden. Es ist fraglich, ob es berechtigt ist, vom Zeitraum, der eine Stunde dauert, im gleichen Maß zu sprechen wie von der Zeit, die eine Milliarde Stunden dauert. Unsere Begriffswelt hängt eben von den Dimensionen ab. Darüber brauche man nicht zu erschrecken. Daß vieles Gewohnte fällt, ist nur ein Vorteil. „Wir sind heute so tief in die Natur eingedrungen, daß wir über die Natur nur stammeln können, wie wir bisher über Gott gestammelt haben.“

Das Gleiche gilt für die kosmische Physik. Auch hier in der Welt des Großen passen unsere Begriffe so wenig wie für die Welt des Kleinen. Es ist überhaupt fraglich, ob die Welt so konstruiert ist, daß wir sie völlig erkennen können.

Das Wort Bavinks, die Naturwissenschaft sei auf dem Weg zu Gott, hält Meurer für ein unglückliches Wort. Denn gerade auf katholischer Seite bestehe die Gefahr, die Dinge philosophisch, aber unsachlich zu interpretieren (das Gegenstück dazu, daß man einst wissenschaftlich beweisen wollte, daß Gott nicht existiere). Es sei heute äußerste Vorsicht am Platze, einmal weil sich die Naturwissenschaften mehr denn je in der Entwicklung befinden, und zum anderen, weil wir offensichtlich vor Seinsstrukturen stehen, die uns Aspekte zeigen, wofür wir keine Begriffe haben und wo es zweifelhaft ist, ob der menschliche Verstand jemals adäquate Begriffe finden wird.

Über die Evolutionstheorie sprach Josef Kälin, Fribourg. Die Betrachtung des Lebendigen — und mag auch das ganze Lebensgeschehen ausschließlich durch chemisch-physikalische Prozesse erfolgen — zeigt deutlich eine Hinordnung der Teile auf das Ganze und läßt damit ein Ordnungsgeschehen erkennen. Das gilt im besonderen im Bereich des Menschen. Die moderne Anthropologie zeigt, daß der menschliche Leib ein Sinngefüge ist, das nur gedeutet werden kann in Hinordnung auf den Primat des Geistes. Dank der zunehmenden ganzheitlichen Betrachtungsweise ist heute ein Bild vom Menschen im Entstehen, das auch der metaphysischen Wirklichkeit als tragendem Grund der menschlichen Existenz gerecht zu werden verspricht.

Andererseits ist auf Grund der Ergebnisse der stammesgeschichtlichen Forschung der Gedanke eines materialen Zusammenhangs von Menschengestalt und Vormenschen-

gestalt nicht von der Hand zu weisen. Das ist freilich kein Argument gegen die Schöpfungslehre. Gerade das Evolutionsgeschehen wird durch seine Großartigkeit zu einem Stück des kosmologischen Gottesbeweises.

Medizin und Religion

Zum Thema Medizin und Religion wurden von Artur Jores, Hamburg, interessante Gedanken entwickelt. Medizin und Religion haben einander viel zu sagen. Die Lehre der Theologie, die Krankheit sei als Folge der Sünde in die Welt gekommen, haben die Ärzte aller Zeiten angenommen — bis zur Entwicklung der rein naturwissenschaftlichen Medizin, die die Dinge in ihrem Ablauf betrachtet, aber nicht nach ihrem Sinn fragt. Trotz der Entdeckung von Krankheitserregern ist es bis jetzt nicht gelungen, die Frage der Disposition zu klären oder eine Ursache für typisch menschliche Krankheiten — Krankheiten, die das Tier nicht kennt — aufzudecken. Da es spezifisch menschliche Krankheiten gibt, müssen ihre Wurzeln auch im spezifisch Menschlichen liegen.

Jores besprach ferner die neuen psychologischen Erkenntnisse, nach denen Krankheiten als Folge von Versagen oder als Folge falscher Erziehung in der frühen Kindheit auftreten können. Der Mensch hat wie das Tier das Ziel, seine Anlagen auf die bestmögliche Weise zu entfalten. Aber nicht immer könne rücksichtsloses Sichdurchsetzen dazu führen, sondern oft gerade Entsagung: Das ist das spezifisch Menschliche. Hier hat das Leid seinen Sinn. Denn es gibt nichts, was die Entfaltung so sehr fördert wie das Leid.

Philosophische Kräfte der Gegenwart

Die Hauptvorlesungen der zweiten Woche lauteten: „Grundformen der Erkenntnis und die philosophischen Kräfte der Gegenwart“ (Leo Gabriel, Wien) und „Die Weltmacht des dialektischen Materialismus“ (Gustav Wetter SJ, Rom).

Leo Gabriel besprach zunächst das Unterscheidende von Philosophie, Wissenschaft, Symbol, Begriff und setzte sich anschließend auseinander mit Jaspers, Heidegger, Sartre und dem Neopositivismus, wobei sein Grundanliegen deutlich wurde, die Existenzphilosophie mit der scholastischen Philosophie zu verbinden. Seine Ausführungen können in diesem Bericht nicht wiedergegeben werden, da bei der Schwierigkeit und Gedankenfülle des Themas Zusammenfassungen kaum ein annäherndes Bild gäben. Gabriel sieht im philosophischen Bemühen der Gegenwart den allmählichen Abbau der monistischen Absolutsetzungen des vorigen Jahrhunderts, die Bereitschaft unserer Zeit, Spannungen zu ertragen, und einen entschiedenen Zug zur Transzendenz.

Die Weltmacht des dialektischen Materialismus

P. Wetter, der Verfasser des grundlegenden Werkes über den dialektischen Materialismus (Herder, Wien), gab eine überaus präzise und anschauliche Darstellung dieses Systems, das bei uns meist nur oberflächlich bekannt ist. Es soll daher im folgenden ausführlich auf diese Vorlesung eingegangen werden.

Karl Marx, so begann Wetter, wollte die Geschichte materialistisch und dialektisch erklären; materialistisch, insofern die materielle Produktion die eigentliche Wirklichkeit ist, und dialektisch, insofern in der Geschichte Widersprüche zwischen den Produktionskräften und Produk-

tionsbeziehungen auftreten und an gewissen toten Punkten der Geschichte zu Revolutionen führen.

Friedrich Engels war es, der dieses Grundthema auf die Naturbetrachtung übertrug und so den Grund zum System des dialektischen Materialismus legte. Auch in der Natur ist die Materie das Primäre und auch die Natur entwickelt sich dialektisch, insofern auch hier „innere Widersprüche“ die treibende Kraft sind. Diese Engelsche Fassung des dialektischen Materialismus wirkte weit mehr auf Lenin und die Sowjetphilosophie als die Philosophie des jungen Marx. Engels hatte ferner unter dem Druck der Kritik hinsichtlich der geistigen Faktoren in der Geschichte Zugeständnisse machen müssen, indem er erklärte, daß neben dem Faktor Wirtschaft auch geistige Faktoren eine gewisse Bedeutung im geschichtlichen Verlauf haben. Lenin verstärkte diese Auffassung, indem er die Notwendigkeit eines bewußten Eingreifens in den geschichtlichen Verlauf betonte.

Das System des dialektischen Materialismus

Die verschiedenen Seinsbereiche (anorganische Welt, Pflanze, Tier, menschliches Bewußtsein), so betont der dialektische Materialismus, sind formal nicht aufeinander zurückführbar. Sie sind aber genetisch miteinander verbunden, indem das höhere Leben das Produkt einer Evolution ist. Dieser Evolutionsprozeß ist ein dialektischer Prozeß, d. h., er verläuft wie ein Dialog in These — Antithese und in plötzlich neu aufleuchtender Einsicht, der Synthese. Der dialektische Materialismus greift also, um das Hervorgehen des Höheren aus dem Niederen zu erklären, auf die Hegelsche Dialektik zurück.

Stalin hat 1938 in einer kleinen Schrift „Über den dialektischen und historischen Materialismus“ dieser Auffassung eine vorläufig letzte Fassung gegeben. Er formulierte sieben (vier „dialektische“ und drei „materialistische“) Thesen. Die drei materialistischen Thesen sind:

1. Die Welt ist ihrem Wesen nach Materie (eine Annahme, für die kein Beweis erbracht wird). Die Materie ist ewig und von Ewigkeit her in aufsteigender Bewegung vom Niederen zum Höheren. Die Materie ist die objektive Wirklichkeit, die unabhängig von unserem Bewußtsein existiert, aber dem Menschen in der Empfindung gegeben ist.

2. Der Geist ist das Sekundäre. Das Bewußtsein ist nichts anderes als eine Eigenschaft hochentwickelter Materie.

3. Die Welt ist prinzipiell erkennbar. Daher gibt es bloß Erkanntes und noch nicht Erkanntes.

Die dialektischen Thesen lauten:

1. Die Welt ist keine zusammenhängende Vielfalt, sondern ein großes Ganzes.

2. Die Welt ist nicht ein für allemal fertig, sondern befindet sich in einem Prozeß beständiger Entwicklung (zwei Thesen, die Binsenwahrheiten des gesunden Menschenverstandes sind).

3. Die aufsteigende Richtung der Bewegung erfolgt dadurch, daß an bestimmten Punkten die Quantität in die Qualität umschlägt (eine Behauptung, bei welcher die Notwendigkeit der besonderen Wirkursache nicht gesehen wird).

4. Die Entwicklung erfolgt durch den Kampf der Gegensätze. In der bewegten Materie sind innere Widersprüche, welche die Dinge antreiben, sich zu verändern. (Dieses Grundgesetz ist vom sozialen Leben hergenommen und ohne weiteres auf die Naturvorgänge übertragen worden.) So ist der dialektische Materialismus ein Versuch, zu zei-

gen, wie sich die Materie aus eigener Kraft zu stets höherer Vollkommenheit emporarbeitet.

Der historische Materialismus

Weiter skizzierte Wetter den historischen Materialismus. Nach dieser Lehre ist die Geschichte ein Aufstieg zu stets höherer Freiheit. Während der Vorläufer des Menschen völlig von der Natur abhängig war, begann das Wesen, das wir Mensch nennen, sich Werkzeuge zu schaffen und die Naturgesetze zu erkennen. Das war der erste Anbruch der Freiheit. Doch im selben Maße, wie sich der Mensch die Natur dienstbar machte, geriet er in eine neue Abhängigkeit, nämlich auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Der Produktionsprozeß, der von Anfang an sozialen Charakter hatte, wurde immer komplizierter. Die Gesellschaft spaltete sich in solche, welche die Produktionsmittel besitzen, und andere, die nur ihre Arbeitskraft besitzen. Damit entstand die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und in weiterer Folge Elend und Krieg. Die Entwicklung selbst brachte aber auch spontan das Heilmittel. Denn der Mensch begann schließlich — und dies war der zweite Schritt seiner Befreiung — die Gesetze der sozialen Entwicklung zu studieren und lernte die soziale Entwicklung seiner Kontrolle zu unterstellen. Dies war die große Tat von Karl Marx. Der entscheidende Faktor im geschichtlichen Verlauf ist die Art und Weise, wie der Mensch die lebensnotwendigen Güter schafft. Diese Produktionsweise bestimmt das gesamte Verhalten des Menschen, auch auf dem Gebiet der Politik, der Wissenschaft, Philosophie, Moral und Religion (der bekannte „Überbau“). Während sich aber die Produktionskräfte ständig und unmerklich vervollkommen, bleiben die sozialen Beziehungen und der Überbau unverändert, wodurch sich an einem bestimmten Punkt der Geschichte eine unhaltbare Situation ergibt, d. h. eine Revolution kommen muß. Nachdem die Geschichte verschiedene Revolutionen gebracht hat, wird die proletarische Revolution die endgültige Befreiung des Menschen sein. Denn durch diese Revolution bekommt der Mensch die Produktion in seine volle Kontrolle und kann damit auch seine weitere geistige Entwicklung bestimmen. Dann ist die volle Freiheit gekommen.

Zur Kritik des historischen Materialismus wies P. Wetter darauf hin, daß er eigentlich keine materialistische Auffassung ist, sondern den Primat des Geistes voraussetzt. Denn zuerst war die geistige Tat des Menschen, nämlich die Erfindung von Werkzeugen und die Erkenntnis von Naturgesetzen und dann erst setzte die neue Produktionsweise ein.

Der dialektische und historische Materialismus, so erklärte P. Wetter zum Schluß, ist mehr als eine Philosophie, er ist in Wahrheit ein Religionsersatz und eine Nachäffung des Christentums. Er überträgt die Attribute Gottes auf die Materie: Ewigkeit, Unendlichkeit, größte Seinsmächtigkeit, schöpferische Macht, die immer Neues und Höheres hervorbringt. Und während das Christentum eine Religion der Erlösung und Weltverklärung ist als Frucht der Menschwerdung Gottes, will der Kommunismus eine Erlösung und Verklärung der Welt aus eigener Kraft und in Kampfansage an den wahren Gott. Der Kommunismus ist zugleich eine Offenbarung, nämlich die Entdeckung des dialektischen und historischen Materialismus im gegebenen Kairos. Es gibt authentische Schriften, die vier Klassiker: Marx, Engels, Lenin und Stalin, es gibt bindende Beschlüsse der Parteitage, ein fehlerbares Lehramt usw.

Fragen der Psychologie

Großes Interesse weckte die Arbeitsgemeinschaft von Gerhard Frei, Schöneck-Beckenried, über „Parapsychologische Probleme“. Frei gab eine wissenschaftlich gut fundierte Übersicht über diese Phänomene und sprach über die philosophischen Probleme, die sich daraus ergeben (Frage des Feinstofflichen, Problem von Raum und Zeit, Verhältnis von Geist und Materie). Während an der Tatsächlichkeit dieser Phänomene angesichts der erdrückenden Fülle glaubwürdiger Zeugnisse nicht zu zweifeln ist, gehen die Meinungen in der Frage der Deutung auseinander. Es bestehen zwei Erklärungshypothesen, die animistische, deren Fundament in den Leistungen des Unbewußten und dessen Unabhängigkeit von Raum und Zeit ist, und die spiritistische, die ein Einwirken geistiger Substanzen annimmt. Die Mehrzahl der Forscher hat sich für die spiritistische Hypothese entschieden (auch der Vortragende selbst). Gerade die Katholiken, so meint Frei, haben allen Grund, sich um die Klärung dieser Fragen zu bemühen, da hier vor einer materialistisch verblendeten Zeit die Welt des Geistigen sichtbar werde.

Die Konfessionen im Raum der Kulturpolitik

Von den Einzelvorträgen soll hier nur der von Kultusminister Werner Schütz, Düsseldorf, über die Begegnung der Konfessionen in kulturpolitischer Sicht genannt werden. Schütz, der evangelischer Christ ist, machte die Unterschiede deutlich zwischen der katholischen und der evangelischen Auffassung hinsichtlich der Rolle von Staat und Kirche in der Kulturpflege, betonte aber andererseits die gemeinsame Auffassung, daß der Anspruch des Staates unüberschreitbare Grenzen habe. Besonders hart stoßen sich die verschiedenen Auffassungen auf dem Gebiet der Schule, doch sei es eine brauchbare Lösung, die katholische Auffassung zur Grundlage der kulturpolitischen Entscheidungen zu machen, aber in einer Weite, die alle Möglichkeiten einer evangelischen Auffassung mit umschließt. Das Land Nordrhein-Westfalen habe mit Erfolg das Recht der Eltern, die Schulform und die Schulhalte für ihre Kinder zu bestimmen, zur Grundlage für seine Schulgesetzgebung gemacht.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Der Papst an den 12. Internationalen Kongreß der Städte und Gemeinden In Rom tagte in den letzten Septembertagen bis zum 1. Oktober der 12. Internationale Kongreß der Städte und Gemeinden, an dem Bürgermeister und lokale Behörden aus der gesamten Freien Welt teilnahmen. Die Tagung, die der Annäherung der Länder auf der Ebene der Städte und Gemeinden diente, hatte mehrere Themen: Hauptthema waren die Gemeindefinanzen als Basis lokaler Selbständigkeit; daneben wurden „die Gemeinden und die Kultur“, „die Aufgaben der Gemeinden bei der Erwachsenenbildung“ und als Sonderproblem „die Gemeinden und Europa“ behandelt. Am 30. September empfing Papst Pius XII. die Teilnehmer an diesem Kongreß in feierlicher Audienz; in der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprache wies der Heilige Vater zunächst auf die selbständige Rolle der italienischen „Comunen“ im Mittelalter hin, die den Auftakt zur kommunalen Selbständigkeit in Europa brachte. Dagegen sind die Städte heute in mehr oder weniger zentralisierte

Staaten eingeordnet. „Sie haben einen großen Teil ihrer Initiative und Unabhängigkeit verloren, um den Erfordernissen sozialer Beziehungen Rechnung zu tragen, die sich über weite Regionen der Kontinente erstrecken und diese sogar noch überschreiten. Doch wenn sich die Gesamtperspektiven auch gewandelt haben, bleibt die Gemeinde doch, nach der Familie, der üblichste und unerlässlichste Ort menschlichen Austausches.“ Darum ist die Verantwortung der Magistrate, zumal des obersten Bürgermeisters, groß. Der Heilige Vater wies auf die vielfältigen, vor allem auch menschlichen Qualitäten hin, die von diesem gefordert werden. Er betonte sodann die Bedeutung lokaler Selbständigkeit im Rahmen des modernen Staates. „Wir drücken den Wunsch aus, die Regierungen möchten den sehr besonderen Bedürfnissen der Hauptstädte in Anbetracht der heiklen und schwierigen Aufgaben, die ihnen anvertraut sind, Rechnung tragen.“ Ganz besonders ging der Heilige Vater auf das Thema Europa ein. „Die erste Kundgebung Ihrer Tagung“, so sagte er, „war die feierliche Begehung des ‚Tags der europäischen Kommunen‘ auf dem Kapitol. Mit gutem Recht haben Sie in Ihr Programm das Studium dieser Frage aufnehmen wollen, die gegenwärtig eine immer vordringlichere Bedeutung annimmt. Hervorragende Persönlichkeiten haben mit Kompetenz den europäischen Gesichtspunkt dargelegt, indem sie die Rolle umrissen, die die Kommunen bei der Ausgestaltung eines wirtschaftlich, sozial und politisch geeinigteren Europa zu spielen hätten.“

Eine unwiderstehliche Bewegung drängt heute die Nationen, sich zu einigen, um ihrer Sicherheit und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung besser zu dienen; keine von ihnen kann isoliert bleiben wollen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen und die Gemeinschaft, die ihre Unterstützung erwartet, zu schädigen. Man könnte meinen, daß die Kommunen keinerlei Grund hätten, sich in diese Probleme einzumischen, die offensichtlich ihre Kompetenz überschreiten. Das wäre ein Irrtum; der Sozialkörper gleicht darin den lebenden Organismen: seine Gesundheit hängt vom normalen Funktionieren der Zellen ab, die ihn zusammensetzen; wenn einige von ihnen versagen, leidet der ganze Körper darunter, oder zum mindesten bedeutet es eine ständige Bedrohung für die Zukunft. Sie haben recht, zu unterstreichen, wie sehr die Zuverlässigkeit dieser Einheit an der Basis die Festigkeit des gesamten Gebäudes bedingt.

Aber über den institutionellen Gesichtspunkt hinaus, der gleichsam das Gerüst des sozialen Lebens bildet, muß auch der Geist in Betracht gezogen werden, d. h. die Gesamtheit der seelischen Haltung, die unbedingt erforderlich ist, um eine wirksame Zusammenarbeit und ein dauerhaftes Verständnis überhaupt erst möglich zu machen: Achtung vor dem andern, der Wunsch, ihn besser kennenzulernen, ihm zu helfen, seinetwegen gewisse Opfer auf sich zu nehmen, weil man begriffen hat, daß niemals wirkliche Gegensätze zwischen echten Interessen, zumal sittlicher und geistiger Art, von Personen und Gesellschaften bestehen können.

Schon haben einige Kommunen in verschiedenen Ländern, sogar über den Atlantik hinweg, darangedacht, Freundschaftsbeziehungen miteinander anzuknüpfen, den kulturellen Austausch zu begünstigen, sich gegenseitig in Notlagen zu helfen. Dergleichen Kontakte tragen, während sie den berechtigten Stolz anstacheln, den jeder den eigenen lokalen Traditionen gegenüber hegt, zugleich

dazu bei, zahlreiche Vorurteile zu zerstreuen, das Mißtrauen zu mildern, die Bewunderung und die Sympathie zu steigern, die man dem andern entgegenbringt. Wenn man einen europäischen Geist zu schaffen hofft, sollte man also vor allem auf die interkommunalen Beziehungen von einem Land zum anderen zählen können, mehr als auf diejenigen allzu begrenzter Gruppen oder diejenigen von Regierungsorganen. Daher glauben Wir auch, daß der direkte Austausch zwischen Kommunen den idealen Nährboden für die europäische Idee liefern würde, reich an jahrhundertealter Tradition, die viel älter ist als die Entstehung der modernen Staaten. Im übrigen hindert nichts diese Beziehungen, den europäischen Rahmen zu überschreiten; die Gefühle aufrichtiger Zuneigung kennen keine politischen Grenzen und keine Unterscheidung von Rasse und Kultur. Die christliche Liebe hat diese Schranken immer abgelehnt und fährt fort, sie abzulehnen; denn sie erkennt unmittelbar in jedem Menschen und in jeder menschlichen Gruppe die Anwesenheit einer gleichen Würde und einer gleichen Verantwortung vor Gott, dem Schöpfer, und gegenüber den anderen Mitgliedern der Gesellschaft. Die Menschheit wird sich auch immer klarer eines gemeinsamen Schicksals bewußt, und diesem gegenüber sind die gegenwärtigen Bemühungen keineswegs unangemessen; sie bereiten schon jetzt darauf vor und erhalten dadurch eine hohe Bedeutung, auf die Sie mit Recht stolz sein dürfen . . .“

Neue Bestimmung für den eingeborenen Klerus Die Heilige Kongregation der Propaganda Fide hat im September dieses Jahres ein Dekret herausgebracht, durch das für die der Propaganda-Kongregation unterstehenden Gebiete bestimmt wird, daß Priesterkandidaten, die in einen Orden einzutreten beabsichtigen, vorher drei Jahre lang als Mitglieder des Weltklerus arbeiten müssen.

Die 28. Soziale Woche Italiens Die diesjährige Soziale Woche Italiens hat unter dem Vorsitz Kardinal Siris von Genua vom 25. September bis 1. Oktober in Trient getagt. Ihr Thema war „Die Gesellschaft und die Schule“. In einer Vorankündigung der Tagung schrieb der „Osservatore Romano“ am 15. Juli: „Die 28. Soziale Woche bleibt ihrer Natur und Bestimmung getreu und legt also den Ton auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aspekte, die mit den kulturellen, technischen, moralischen und religiösen der heutigen Gesellschaft verknüpft sind, und fragt sich, welche Aufgaben die Schulinstitutionen heute gegenüber der Entwicklung der Gesellschaft haben.“ Es sollte sich darum in erster Linie um die Probleme handeln, die sich aus der jüngsten Umwandlung der Gesellschaft ergeben und denen sich die Schule häufig gegenüberübersieht.

Das Schreiben des Heiligen Vaters

Wie üblich, hat der Heilige Vater seinen Substituten, Msgr. Dell'Acqua, damit beauftragt, an den Leiter der Tagung, Kardinal Siri, in seinem Namen einen Brief zu richten, der Wesen und Bedeutung des Tagungsthemas umreißt. Dieser Brief ist bei der Eröffnung der Tagung am Sonntag, dem 25. September, den Teilnehmern vorgelesen worden. Darin heißt es:

„Diese Probleme anzugehen, um die Funktionen der Schule angesichts der modernen Entwicklung der Gesell-

schaft zu bestimmen, ist ein Unternehmen, das dem lebendigen Verantwortungsbewußtsein der italienischen Katholiken Ehre macht. Gleichzeitig wird damit das Recht der Kirche auf eine Mission, die sie immer als eine ihrer größten Verpflichtungen angesehen hat, feierlich bestätigt: auf die Mission als Lehrerin und Erzieherin der Seelen, die ihr nicht durch menschlichen Auftrag, sondern nach göttlichem Willen zusteht, da der Heiland seinen Aposteln befohlen hat: ‚Gehet und lehret alle Völker‘ (Matth. 28, 19). Denn wenn die Schule auch weder den einzigen noch den wichtigsten Erziehungsfaktor darstellt, bleibt sie doch immer der Punkt, wo sich im Bereich der Erziehung notwendig Familie, Kirche und Staat begegnen . . .“

Das Interesse des Heiligen Vaters an dieser Tagung, so fährt Msgr. Dell’Acqua fort, ist also wohl begreiflich, zumal die Schule heute den Menschen nicht nur, wie auch sonst, für sich selbst und für die Gesellschaft zu erziehen hat, sondern zudem noch „ein Werk des Wiederaufbaus so vieler sittlicher Werte vollbringen muß, die die traurigen Ereignisse der letzten Jahre — schmerzliches Erbe entsetzlicher Kriege — bis in die Tiefe der Seelen der heutigen jungen Generationen zerstört haben“. Damit die Schule aber ihren Auftrag erfüllen kann, muß sie den Wandlungen der Gesellschaft Rechnung tragen.

„Wenn nun die Schule ihr Programm und ihre Methoden dem neuen Stand der Dinge anpassen will, wird der Katholik in erster Linie darum besorgt sein, die Gefahr zu vermeiden, daß ihre Funktion der Weitergabe eines erworbenen Erbes gegenüber der Anpassung und der Erarbeitung eines neuen Erbes unterschätzt wird . . . Die Schule läßt sich, wie Seine Heiligkeit gesagt hat, ‚nicht mit einem chemischen Laboratorium vergleichen, in dem das Risiko, mehr oder weniger kostspielige Substanzen zu verderben, durch die Wahrscheinlichkeit einer Entdeckung aufgewogen wird; in der Schule handelt es sich bei jeder einzelnen Seele um Rettung oder Untergang. Insbesondere betreffen die Neuerungen, die man für nötig halten kann, zwar die Wahl von pädagogischen Mitteln und Zielen von zweitrangiger Bedeutung, das wesentliche Ziel und die wesentlichen Mittel bleiben jedoch unverändert und werden immer die gleichen sein, wie das letzte Ziel der Erziehung, ihr Gegenstand, ihr eigentlicher Urheber und Beseeler, immer derselbe ist, nämlich Gott, unser Herr‘ [Ansprache vom 4. Sept. 1949; vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 111].

Unter dieser Voraussetzung kann es niemandem entgehen, daß der wunderbare Fortschritt der Technik, die neue Bewertung der Arbeit, die immer aktivere Teilnahme aller Schichten am Schicksal der Nation, die neuen Errungenschaften der Pädagogik — um nur auf einige Züge der zeitgenössischen Zivilisation hinzuweisen — tatsächlich positive Elemente sind, deren Kenntnis, wenn sie einmal entsprechend in die schulische Erziehung eingebaut sind, zweifellos zu einer allseitigen Bildung des Menschen von heute und folglich zu einer größeren Bereicherung des Gemeinwohls der Gesellschaft beitragen kann.

Doch diese Aufnahme der positiven Werte unserer Zeit ist auch für eine umfassendere Behauptung der spirituellen und übernatürlichen Werte in Schule und Gesellschaft unerläßlich. Wie der Heilige Vater schon betont hat, ist das moderne intellektuelle Leben ‚vom wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Denken derart beherrscht, daß der Sinn für die Wahrheiten einer höheren Ordnung — die Wissenschaft nennt sie metaphysische Wahr-

heiten — und die Fähigkeit, sie zu erfassen, zu verschwinden beginnen . . . Aber jene metaphysischen Wahrheiten tragen das gesamte Sein, das stoffliche und das geistige, das natürliche und das übernatürliche‘ [Ansprache an die Akademiker der Katholischen Aktion Italiens (ACI), 24. Mai 1953; vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 456].“

Im weiteren Verlauf geht der Brief Msgr. Dell’Acqua dann auf die besonderen Probleme der italienischen Schule ein, deren Struktur von der unsern sehr verschieden ist und deren Probleme, die an sich schon sehr entwickelt sind (durch das doppelte System von staatlichen und privaten, d. h. zumeist katholischen Schulen, durch die Einmischungsversuche der Parteien in die Budgetfragen und durch die unklaren Positionen vieler dieser Parteien ihrerseits), uns wenig Vergleichspunkte bieten.

Die Tagung

Die Referate der Tagung fielen, wie es sich aus dem Thema leicht ergab, in zwei Teile, einen ersten, der die Wandlungen der gesellschaftlichen Struktur behandelte, soweit sie ins Gesichtsfeld der Schule rücken oder gerückt werden müssen; und einen zweiten, der die spezifisch italienischen Schulverhältnisse und Schultypen unter diesen Gesichtspunkten durchsprach. Wir möchten nur kurz einige Gesichtspunkte aus dem ersten Teil der Tagung andeuten. So behandelte Prof. Passerin das Thema „Entwicklung der Gesellschaft, Fortschritt der Schule“ und nannte dabei zwei Erscheinungen, die die moderne Gesellschaft besonders kennzeichnen: 1. die abnorme Ausweitung der politischen Sphäre, die als Sphäre der Staatlichkeit aufgefaßt wird; und 2. die abnorme Ausweitung der wirtschaftlichen Sphäre. In beiden Phänomenen sah er eine Reihe von Versuchungen, und die Schule darf sich sicher nicht zu deren Werkzeug oder Funktion machen lassen. Den gleichen Tenor hatte die folgende Vorlesung von Prof. Dore, dessen Thema Arbeit und Technik als Werte in Bezug auf die Erziehung in der Schule war. Er betonte, man dürfe über dem homo faber nie den homo sapiens vergessen. Prof. Vito befaßte sich mit dem Thema: „Recht auf Unterricht und soziale Beweglichkeit“. Dabei handelte es sich um die nicht nur prinzipielle, sondern faktische Ermöglichung des Besuchs aller Schularten für alle Klassen der Bevölkerung. Eine Anzahl von Vorträgen behandelte die Frage der Berufswahl und Allgemein-erziehung, oder besser noch: der frühzeitigen Schulwahl und dadurch Bildungsbeschränkung und der Gesamterziehung. Wann soll die Wahl, die über die Berufsmöglichkeiten entscheidet, getroffen werden? Hier wurden verschiedene Gesichtspunkte einander gegenübergestellt, jedoch von allen Vortragenden die auch religiös eminente Wichtigkeit einer richtigen Berufswahl stark hervorgehoben. Unter den neuen Gegebenheiten, die im Bildungsstoff der Schulen berücksichtigt werden müssen, wurde vor allem die Technik hervorgehoben, und zwar nicht nur als Wissensgebiet, sondern als Bereich menschlicher Werte und mit kritischer Darbietung der Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Doktrinen und ihrem Geltungsbereich. Daneben wurden die neue Wertung der Arbeit und die daraus entspringenden Gegebenheiten als Lehrstoff betrachtet.

Der weitere Verlauf der Tagung folgte der gegebenen Disposition: Die Gesellschaft entwickelt sich, die Schule muß ihr angepaßt werden. Zuerst sind also die technischen

und geistigen Elemente untersucht worden, denen bei dieser Anpassung Rechnung getragen werden muß. Sie widersprechen einander nicht, es ist nun Sache der Verwirklichung der Anpassung, diese harmonisch zu gestalten. Welche Mittel können dabei benutzt werden? Als erstes war man sich darüber einig, daß die Anpassung nur in christlichem Geist vollzogen werden könne und müsse. Die Diskussion ging weiter zum Problem Schule und Staat, bzw. Erziehungsrechte des Staates. Dabei kam man zu der Überzeugung, daß katholische Prinzipien und echte demokratische Prinzipien miteinander nicht in Konflikt geraten können. In diesen Fragenkreis gehörte auch die Diskussion moderner wissenschaftlicher und psychologischer Methoden gegenüber dem Schüler. Die letzten Tage dieser Sozialen Woche waren dann den verschiedenen italienischen Schultypen und ihrer Anpassung an die moderne Gesellschaft gewidmet: der Kleinkinderschule und Primarschule, der Sekundarschule und der Universität. Die Ergebnisse der Tagung wurden in 12 Entschlüssen zusammengefaßt (die der „Osservatore Romano“ am 3./4. Oktober veröffentlicht hat).

Der Italienische Liturgische Kongreß in Bologna Vom 16. bis 23. September fand in Bologna unter Leitung Kardinal Lercaros eine arbeitsreiche liturgische Tagung statt, in der man sich in verschiedener Weise bemühte, Wege zu finden, um die Liturgie wieder so zur Nahrung des Glaubens und des christlichen Lebens zu machen, wie sie es in der christlichen Frühzeit war und ihrem Wesen nach sein soll. Nicht als ob Italien noch überhaupt nichts von liturgischer Erneuerung, wie sie in anderen Ländern, zumal in Frankreich und Deutschland, schon lange im Gang ist, zu spüren bekommen hätte. Alle Arten von Verlebendigung der Messe für das gläubige Volk, wie wir sie üben, sind auch in Italien bekannt. Nur werden sie in der übergroßen Mehrheit der Fälle nicht verwirklicht. Darum war es sehr notwendig, daß Kardinal Lercaro zur Eröffnung des Kongresses wiederum die Bedeutung der zentralen christlichen Liturgie herausstellte, die Messe als Versammlung des „heiligen Volkes“, des „priesterlichen Volks zur angemessenen Verherrlichung Gottes“ bezeichnete, als „Versammlung der Kinder Gottes im Haus des Vaters um den Tisch, an dem das Brot ausgeteilt wird“. Dringend notwendig war ebenso sein Ausruf: „Wenn die Christen doch das Mysterium der eucharistischen Kommunion besser bedenken wollten, anstatt sich in ein egoistisches Werben um Gottes Gunst in ihren eigenen kleinen persönlichen Bedürfnissen einzuschließen, ein Werben, das uns die tränen- und seufzerreichen sentimental Gebetstexte des 18. und 19. Jahrhunderts — das erste oberflächlich, das zweite materialistisch — als Erbteil hinterlassen haben!“ In der Tat ist die Messe als Ort der privaten Begegnung des Einzelnen mit Gott in Italien noch bei weitem die vorherrschende Anschauung.

Darum verdient es besondere Beachtung, daß alle Vortragenden des Liturgischen Kongresses in Bologna das Hauptgewicht auf die „aktive Teilnahme der Gemeinde“ an der Meßfeier legten, die durch Übersetzung der Gebets- und Lehrstücke (Orationen, Psalmen, Epistel und Evangelium) ins Italienische, durch Teilnahme an den Responsorien und insbesondere auch durch Rückkehr der Predigt zu ihrer ursprünglichen Aufgabe als Homilie bewirkt werden soll. Notwendig erschien es auch, den An-

spruch der Gemeinde auf Stille während der Wandlung zu betonen, während der auch das Spiel der Orgel zum Mißbrauch werden kann.

Kardinal Lercaro selber hat eine Art „Liturgisches Direktorium“ für die praktische Erneuerung der Meßliturgie in Italien geschrieben, das die Riten des ganzen Kirchenjahrs, die Gesänge und eine vollständige Meßkatechese enthält.

Die Teilnehmer des Kongresses haben die bereits bestehenden Versuche einer erneuerten Meßliturgie eingehend untersucht, vor allem die italienische dialogische Messe, die französischen Sprechchöre und den deutschen Choral in der Volkssprache. Abgelehnt wurde von den meisten Anwesenden die Hinwendung des Zelebranten zum Volk, die, obwohl in der Alten Kirche gebräuchlich, der Geste der „Darbringung“ viel von ihrer Sinnbildlichkeit nehmen würde.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß Kardinal Lercaro in den Außenbezirken der schnell wachsenden Industriestadt Bologna 21 neue Pfarreien gegründet hat, von denen 17 bereits Bauprojekte für die neuen Kirchen ausgeschrieben haben. Sie sind im Sinne des Kardinals ganz dem modernen Empfinden für Einfachheit, Klarheit und Sachgemäßheit entsprechend gestaltet — auch dies muß in Italien als etwas Ungewöhnliches hervorgehoben werden. Die Tradition ist hier aus vielen Gründen zähflüssig, und der Schritt in die Gegenwart wird nur langsam vollzogen.

La Piras Zusammenkunft der Bürgermeister der Hauptstädte

Giorgio La Pira, der Bürgermeister von Florenz, der durch sein Leben in franziskanischer fröhlicher Armut, durch seine verschiedenen Handlungen aus unmittelbarer Verwirklichung des Evangeliums im sozialen Bereich, durch seine Kongresse zur Förderung des Friedens in der Welt aus christlichem Geist immer wieder von sich reden macht (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 350, und 9. Jhg., S. 297), hatte auf Anfang Oktober die Bürgermeister der Hauptstädte aller Länder der Welt nach Florenz eingeladen, damit sie miteinander die Möglichkeiten besprechen könnten, dem Frieden der Welt zu dienen. Der Heilige Vater hatte La Pira durch seinen Substituten, Msgr. Dell'Acqua, für das Gelingen des Kongresses seinen Segen übermitteln lassen.

Zu diesem Treffen nun hatte La Pira auch die Bürgermeister der Hauptstädte der Länder hinter dem Eisernen Vorhang eingeladen.

Tatsächlich war das Florentiner Treffen vom Oberbürgermeister von Moskau, Jasnow, sowie vom russischen Botschafter in Italien, Bogomolow, und von den Bürgermeistern von Prag, Bukarest, Sofia, Warschau, Belgrad und Tirana besucht.

Diesen Gästen gegenüber hat La Pira einen jener ungewöhnlichen Schritte unternommen, von denen die italienische Presse dann in Begeisterung oder Ablehnung oder auch schmunzelnd berichtet. Er hatte in das Programm der Tagung für den Morgen des 4. Oktober zu Ehren des hl. Franziskus, des Patrons des Friedens, eine Messe in der Kirche Santa Croce aufgenommen. Um dieses Attributs des Heiligen willen, und da La Pira die Teilnehmer an der Tagung bereits deutlich hatte verstehen lassen, daß dieser Gottesdienst keine Feier am Rande des Kongresses sei, sondern einen wesentlichen Bestandteil seiner Arbeit bilde, waren die Kongreßteilnehmer vollständig zur Messe er-

schiene und hatten die Plätze im Mittelschiff der Kirche eingenommen. Auf seinem seitlichen Thron wohnte auch der Kardinal von Florenz, der achtzigjährige ehrwürdige und heiligmäßige Erzbischof Elia dalla Costa, der Messe bei. In ihren Bänken vor dem Chor standen die Katholiken und Protestanten, Mohammedaner, Buddhisten und Kommunisten, die zu der Tagung erschienen waren: in erster Linie der russische Botschafter mit seiner Frau und der Oberbürgermeister von Moskau.

Während der Messe war La Pira eine neue Idee gekommen, die er am Schluß des Gottesdienstes denn auch sogleich in die Tat umsetzte: Als der Kardinal sich erhob und sich anschickte, mit seinem Gefolge in feierlichem Zug die Kirche zu verlassen, trat der Bürgermeister ihm an den Altarstufen entgegen und verneigte sich vor ihm. Dann forderte er die Kongreßteilnehmer mit einer freundlichen Bewegung auf, es ihm nachzutun. Nacheinander traten so der Botschafter Bogomolow und seine Gemahlin, Jasnow und die Bürgermeister von Prag, Warschau, Bukarest, Sofia und Tirana und alle anderen heran, um den ehrwürdigen Kirchenfürsten zu grüßen, der jedem einzelnen herzlich und familiär die Hand drückte.

Am folgenden Tag, dem 5. Oktober, schloß die Zusammenkunft dieser Vertreter der Hauptstädte von 37 Ländern mit der Formulierung eines „Freundschaftspaktes“ folgenden Wortlauts:

„Wir Bürgermeister oder Stellvertreter der Bürgermeister der Hauptstädte von 37 Ländern der Welt

betonen 1. den Wert der Stadt als geistiges und materielles Erbe von lebenswichtiger Bedeutung für die gesamte Menschheit; ein Erbe, das die vergangenen Generationen den gegenwärtigen anvertraut haben, damit sie es bereichern und in keiner Weise geschmälern den zukünftigen Generationen weitergeben.

Wir erklären 2., daß wenn dieses heilige, durch die Arbeit vieler Generationen angehäuften Erbe durch Krieg zerstört werden würde, damit ein Akt gegen die menschliche Zivilisation begangen würde und ein unersetzlicher geistiger und materieller Verlust einträte, der nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch alle künftigen Generationen trafe.

Wir fordern daher 3. die für die Geschicke der Völker verantwortlichen Männer auf, auf den Krieg zu verzichten und die internationalen Gegensätze im Geist der Zusammenarbeit zu lösen und sich nur friedlicher und konstruktiver Verhandlungen zu bedienen. Wir fordern ebenfalls dazu auf, die fruchtbaren Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern zu intensivieren, um so die technischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und religiösen Bindungen immer stärker zu entwickeln und einen gerechten, sicheren und tätigen Frieden zwischen allen Völkern der Erde aufzubauen.“

In dem Textentwurf hatte ursprünglich in § 2 gestanden, daß, wer das Erbe durch Krieg zerstört, ein „Verbrechen“ gegen die menschlichen Zivilisationen begehen würde. Dagegen hatte der Vertreter von London, Sir Georges Wilkinson, mit Unterstützung mehrerer anderer Einsprüche erhoben, da Krieg im Falle der Verteidigung gegen einen ungerechten Angriff kein Verbrechen genannt werden könne. Der Änderungsvorschlag wurde dann einstimmig angenommen. Das Dokument — man ist versucht zu sagen: die Bulle — ist in Latein und Griechisch abgefaßt und kunstvoll auf Pergament geschrieben, was bewußt an die Urkunde der Union von Florenz vom Jahre 1439 erinnert.

Eine liberale Zeitung wie „Corriere della Sera“ (die La Pira überhaupt nicht grün ist) hat es leicht, das Ganze mit Skepsis zu betrachten, auch die Meißfeier und Begrüßung des Kardinals durch die Kommunisten zu diskreditieren. (Welcher Katholik, der eine Führung durch den Kreaml mitmachte, würde nicht beim Betreten des Lenin-Mausoleums den Hut abnehmen?, fragt er). La Pira weiß das aber selbstverständlich sehr wohl. Als er nach der Schlußsitzung den Palazzo Vecchio, sein Amtsgebäude, verließ und müde, aber voll Optimismus die Treppe herunterkam, kommentierte er selber das Erreichte: „Gewiß, wenn man die Netze auswirft, fängt man gute Fische und schlechte Fische. Aber wenn man die Netze nicht auswirft, fängt man überhaupt nichts.“ Und — so sagt der Berichterstatter der „Stampa“ — „indem er das biblische Bild mit Augenzwinkern begleitete, eilte er davon, um den Bürgermeister von Moskau, Jasnow, einzuholen“.

Neues spanisches Standardwerk päpstlicher Dokumente

Das im Auftrag der Katholischen Aktion Spaniens unter der Herausgeberschaft von Universitätsprofessor Msgr. Pascual Galindo in dreieinhalb-jähriger Arbeit fertiggestellte Handbuch „Sammlung von päpstlichen Enzykliken und Dokumenten“ erschien soeben nach kurzer Zeit schon in fünfter Auflage. Es enthält auf insgesamt 2300 Seiten 254 Enzykliken, Apostolische Konstitutionen, Exhortationen, päpstliche Rundfunkbotschaften und andere Ansprachen in spanischer Übertragung, beginnend mit der Enzyklika Gregors XVI. *Mirari vos* (1832) und endigend bei den 204 bedeutendsten Dokumenten Pius' XII. Das eingehende, 350 Seiten umfassende Register macht das Werk nach dem Urteil des „Osservatore Romano“ zu einem „präzisen und unschätzbaren Führer“.

Die Schulen und die Menschenrechte

In den zermürbenden Streitigkeiten um die Gestaltung des Schulwesens hat man sich daran gewöhnt, daß die Freunde des Staatsschulwesens mit Gründen der Staatsräson operieren und die Befürworter der freien Schule als Vertreter kirchlicher Machtansprüche diskriminieren. Es muß unermüdlich darauf hingewiesen werden, daß das Elternrecht, und in seiner Konsequenz das Recht der Eltern zur Bestimmung des weltanschaulichen Charakters der Schule, ein Menschenrecht ist, das sowohl durch die Deklaration der Vereinten Nationen von 1948 als auch durch die europäische Konvention vom 4. November 1950 ausdrücklich verbürgt wurde. Wer dieses Recht theoretisch oder praktisch bestreitet, indem er als Staatsmann oder Parlamentarier den Eltern die staatliche Unterstützung bei der Verwirklichung dieses Rechtes verweigert, mag dafür Gründe haben, welche er will, er mißachtet ein verbürgtes Menschenrecht und kann deshalb nicht uneingeschränkt als rechtlich denkend angesehen werden.

Es war nicht etwa ein konfessioneller Kreis, sondern die interkonfessionelle „Union internationale pour la liberté d'enseignement“, die auf ihrer diesjährigen Tagung die Regierungen neuerdings an ihre Rechtspflicht erinnerte, den Privatschulen Anteil an den staatlichen Aufwendungen für das Erziehungswesen zu gewähren. 200 Delegierte aus zehn Nationen und Abgesandte von 67 Organisationen sehr verschiedener weltanschaulicher Einstellung faßten in Florenz einstimmig folgenden Beschluß: „Die

Gerechtigkeit schuldet es der Gleichheit der Bürger, daß alle Schulen an den öffentlichen Mitteln Anteil erhalten, so daß die außerordentliche Ungleichheit in der Behandlung der Kinder in den öffentlichen Schulen und der Kinder in den Privatschulen gemildert wird.“

Sehr berechtigt hält Robert F. Drinan in einem Aufsatz in der Zeitschrift „America“ (3. September 1955) einigen Staaten die inneren Widersprüche ihrer Gesetzgebung vor. Sie deklamieren das demokratische Recht auf Erziehungsfreiheit, um es durch die Verweigerung der staatlichen Hilfe zu verleugnen. Kein praktisches Argument kann ein Menschenrecht entmächtigen, wenn nicht das Recht selbst zu einem Diktat der Macht entwürdigt werden soll.

Weltkongreß der Vereinten Nationen über Verbrechenverhütung und Behandlung von Rechtsbrechern

Die internationale Strafrechts- und Gefängnis-Kommission in Bern befaßte sich seit dem Ende des letzten Jahrhunderts mit der Behandlung Straffälliger, insbesondere in Gefängnissen und Zuchthäusern. Seit der Auflösung dieser Kommission wurden ihre Aufgaben von den Vereinten Nationen übernommen, die ihren ersten Weltkongreß darüber vom 22. August bis 3. September 1955 in Genf abhielten. Der Kongreß hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, die Möglichkeiten zur Verhütung von Verbrechen zu untersuchen und sich mit der Behandlung von Rechtsbrechern in Gefängnissen und Anstalten zu beschäftigen. 65 Staaten der Erde hatten offizielle Delegationen entsandt; die kommunistischen Staaten, mit Ausnahme Jugoslawiens, fehlten. Mit den Vertretern interessierter Organisationen und Einzelteilnehmern waren insgesamt 560 Personen zusammengekommen. Die vorbereitenden Arbeiten hatte das Sekretariat der Vereinten Nationen übernommen, das auch regionale Konferenzen in mehreren Teilen der Welt abgehalten hatte.

Die Entwicklung des Strafrechts

In Vollversammlungen berichteten Vertreter verschiedener Länder über den Stand ihrer Strafrechtsentwicklung. Für Europa führte der Präsident des Pariser Appellationsgerichtes, Ancel, aus, das alte System der Rache und Abschreckung, der Vergeltung und Einschüchterung sei allmählich abgelöst durch ein System der Erziehung und Resozialisierung, das nicht mehr in erster Linie die abstrakte Tat, sondern den individuellen Menschen betrachte. Wir befänden uns zur Zeit in einer Krise der Rechtsentwicklung, zu deren Überwindung auch eine Änderung der öffentlichen Meinung gehöre, wie auch eine Umstellung der klassischen Strafrechtsschule. Dr. Sanford Bates, USA, erläuterte den Beitrag der USA, insbesondere für die Entwicklung des Jugendgerichtssystems, der Probation (Bewährung) und des Parole-Systems (vorzeitige Entlassung unter Aufsicht). Zukünftige Maßnahmen hätten sich mehr mit der inneren Entwicklung der Gefangenen und der Ausbildung ihrer Selbstdisziplin zu befassen als mit der materiellen Vervollkommnung der Anstalten. Das in den USA verbreitete System der Bundesanstalten unter dem „Federal Bureau of Prisons“ hat sich sehr gut bewährt. Für Mittel- und Südamerika sprach Dr. Drapkin, Chile. Während für die USA das Bandenverbrechen und für Europa das Verbrechen mit psychopathischem Hintergrund typisch sind, ist das Verbrechen Lateinamerikas durch Primitivität und insbesondere Aggressivität ge-

kennzeichnet. Die hauptsächlichlichen Verbrechensursachen sind Alkoholismus, Armut, Analphabetentum und niedere Kulturstufe. Dr. Drapkin erwähnte noch besonders die Sexualnot der Gefängnisinsassen. Mexiko, Argentinien und Kolumbien ermöglichen es ihren Gefangenen, sich von ihren Frauen besuchen zu lassen. Dr. Drapkin regte an, dieses Problem auf einem späteren Kongreß gesondert zu behandeln. Mostafa El Said sprach für Ägypten und erwähnte insbesondere, daß die Jugendgerichte in gleicher Weise straffällige und verwahrloste Jugendliche behandeln und keine Trennung der Funktionen kennen wie etwa bei uns in Jugend- und Vormundschaftsgerichte. Als ein Problem für Ägypten bezeichnete es der Redner, daß der Lebensstandard im Gefängnis nicht höher sein dürfe als derjenige der Außenwelt. Die neuere Entwicklung des Strafvollzuges im Fernen Osten behandelte Dr. Bocobo an Hand des Beispiels der Philippinen. In der offenen Strafkolonie Iwahig leben die Gefangenen mit ihren Familien zusammen. Nach Verbüßung der Strafe kann der Gefangene ein weiteres Stück Land zur Bearbeitung erhalten und als freier Mann dort bleiben. Die Regierung sorgt für ausreichende Unterstützung des Haushalts und der Familie. Die Zahl der Entweichungen ist außerordentlich gering; 48% der Gefangenen der Philippinen befinden sich in offenen Anstalten.

Die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaften

In drei Arbeitsgemeinschaften wurden folgende Themen behandelt: Grundregeln für die Behandlung Strafgefangener, Auswahl und Ausbildung des Personals von Strafanstalten, die Probleme offener Anstalten, die Arbeit der Gefangenen und die notwendigen Maßnahmen zur Verhütung von Jugendverwahrlosung und Jugendkriminalität. Die von den Arbeitsgemeinschaften ausgearbeiteten Empfehlungen wurden ohne wesentliche Änderungen von der Vollversammlung gebilligt. Die Empfehlungen und Ergebnisse sind u. a. folgende:

1. In 95 Grund- oder Mindestregeln ist festgelegt, wie ein Strafgefangener behandelt werden soll. Alle grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Strafformen sollen verschwinden, Körperstrafen, Ketten, Handschellen, Zwangsjacken und Dunkelhaft soll es nicht mehr geben, wo sie bisher als Disziplinarmaßnahme angewandt wurden. Aufseher sollen im allgemeinen ihren Dienst unbewaffnet tun. Religiöse Betreuung soll für jeden Gefangenen gewährleistet sein. Allgemein heißt es: „Der Zweck und die Berechtigung einer Gefängnisstrafe ist es, die Gesellschaft gegen Verbrechen zu schützen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Zeit im Gefängnis dazu benutzt wird, soweit wie möglich sicherzustellen, daß der Strafgefangene nach seiner Rückkehr in die Gesellschaft nicht nur willens, sondern auch fähig ist, im Einklang mit den Gesetzen und aus eigenen Kräften zu leben.“
2. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die Gefängnisbehörden über das geeignete Personal verfügen. Das Personal soll sich aus Bewachern zu Sozialarbeitern entwickeln, die entsprechend ausgebildet sind und gut zusammenarbeiten. Es wurde besonders betont, daß sich das Gefängnispersonal nicht aus abkommandierten Soldaten oder Polizisten zusammensetzen soll. Hiergegen opponierten südamerikanische Länder, die noch keine andere Möglichkeit haben, Personal für ihre Gefängnisse zu finden.
3. Die modernen Anschauungen über Strafe und Strafzweck finden ihren besonderen Ausdruck in den so ge-

nannten offenen Anstalten, die durch den Kongreß dahingehend charakterisiert wurden, daß in ihnen alle Vorrichtungen fehlen, die sonst dazu dienen, Ausbrüche zu verhindern. In diesen Anstalten soll dagegen ein System herrschen, das sich auf der Selbstdisziplin der Gefangenen und ihrem Gefühl von Verantwortung ihren Mitgefangenen gegenüber aufbaut. In die offenen Anstalten können Gefangene zu Beginn ihrer Strafverbüßung eingewiesen werden oder auch erst nach Verbüßung eines Teils ihrer Strafe in anderen Anstalten. Das System der offenen Anstalten steht und fällt mit der Auswahl der Gefangenen für diese Anstalten. Die Auswahl soll, soweit wie möglich, nach einer ärztlich-psychologischen Untersuchung und einer sozialen Begutachtung erfolgen. Mißerfolge der offenen Anstalten liegen nicht am System selbst, sondern an der Auswahl der Gefangenen. Die offenen Anstalten erreichen die Resozialisierung der Gefangenen leichter und einfacher als Anstalten anderen Typs, da in ihnen die allgemeine Spannung des Gefängnislebens gemildert ist und sich die Disziplin infolgedessen von selbst bessert. Die Lebensbedingungen in der offenen Anstalt sind dem Leben außerhalb mehr angeglichen, außerdem ist die offene Anstalt wesentlich billiger. Der Kongreß drückt daher die Hoffnung aus, daß sich dieses System im Zuge der Individualisierung der Strafe und der Gefangenen mehr und mehr ausbreiten wird.

4. Eines der wichtigsten Mittel zur Resozialisierung der Gefangenen in allen Anstalten ist die Arbeit, zu der sie nach Maßgabe ihres körperlichen und geistigen Zustandes herangezogen werden sollen. Die Arbeit darf dabei nicht als zusätzliche Strafe empfunden werden, sie soll vielmehr die berufliche Ausbildung des Gefangenen fördern und Müßiggang und Unordnung vorbeugen. Die Gefangenen sollen für ihre Arbeit eine angemessene Entlohnung erhalten. Die Entlohnung soll das Interesse des Gefangenen an der Arbeit anregen, ihn instand setzen, seine Familie zu unterstützen, das Opfer seines Verbrechens zu entschädigen, und schließlich soll sie eine Rücklage für den Entlassungstag bilden helfen.

5. Die Beratungen über Vorbeugungsmaßnahmen gegen Jugendverwahrlosung und Jugendkriminalität befaßten sich vor allem mit der Rolle und den Aufgaben der Familie. Es trat in den Beratungen klar hervor, daß die Jugendkriminalität in dem Maße wächst, wie sich die Bindungen der Familie auflösen und die zivilisatorische Entwicklung voranschreitet. Von den Vertretern der sogenannten unterentwickelten Länder wurde immer wieder hervorgehoben, daß bei ihnen die Familie noch die wichtigste Einheit bildet und daß bei ihnen der Begriff der Jugendkriminalität vielfach unbekannt ist. Die Empfehlungen und Entschlüsse des Kongresses befaßten sich daher insbesondere mit der Stärkung der geistigen Bande der Familie und ihrer materiellen Untertützung. Es soll vermieden werden, daß eine Mutter außerhalb des Hauses arbeitet, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist. Ehe- und Erziehungsberatungsstellen sollen eingerichtet und gefördert werden. Die Schule soll bei der Gestaltung ihres Lehrplanes soweit wie möglich auf die Individualität des Kindes Rücksicht nehmen, sich nicht auf die Vermittlung von Wissen beschränken, sondern systematisch an der Charakterbildung arbeiten. Psychologen und Sozialarbeiter sollen den Schulen zugeteilt werden, die Lehrerausbildung soll erweitert werden, und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus soll verbessert werden. Der Kongreß regte an, daß Kirchen und religiöse

Gemeinschaften sich in verstärktem Maße der vorbeugenden Arbeit auf diesem Gebiet annehmen, mithelfen, feste moralische Begriffe in Familie und Gemeinschaft zu entwickeln, und damit beitragen, die demoralisierenden Einflüsse zu bekämpfen, die sich aus den sozialen Veränderungen ergeben.

Zu jeder der oben erwähnten fünf Gruppen von Empfehlungen wurde eine gesonderte EntschlieÙung gefaßt, die den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen auffordert, die Empfehlungen zu bestätigen, sie den Regierungen der einzelnen Staaten zu unterbreiten und möglichst für ihre Verwirklichung zu sorgen. Auf dem Gebiet der Jugendkriminalität sollen weitere eingehende Studien und Untersuchungen gemacht werden. Mehrere Delegationen zeigten Filme, u. a. wurde der Film vorgeführt, der das Leben in der großen offenen Anstalt Chino in Kalifornien beschreibt. Diese Filme können wesentlich dazu beitragen, breitere Schichten der Bevölkerung über die modernen Methoden des Strafvollzuges aufzuklären.

Ein kritischer Kommentar

Die in diesen Empfehlungen zutage tretenden Tendenzen sind nicht unwidersprochen geblieben. So befaßt sich die „Neue Zürcher Zeitung“ (8.9.1955) ausführlich mit den Ergebnissen des Genfer Kongresses. Sie kritisiert eine gewisse „Überspitzung des Psychologismus“ bei den Wünschen für neue Strafvollzugsmethoden, d. h. die Anschauung, daß „bei der Behandlung im Gefängnis mehr auf die Person des Inhaftierten als auf die Schwere seines Vergehens abgestellt werden müÙte“. Wenn auch nicht alle Forderungen in die Empfehlungen des Kongresses aufgenommen worden seien — z. B. gleiche Leistung, gleiche Löhne (für alle Sträflinge), das Recht auf Geschlechtsverkehr, ferner Forderungen, „bei deren Verwirklichung man sich fragen müÙte, ob man es noch mit Strafanstalten oder mit staatlich finanzierten Bastler-, Sport- und Pflegeheimen für arbeitsscheue Leute zu tun hat“ —, so glaubt der Kritiker doch, daß „da und dort ziemlich weitgehende Konzessionen an die ‚neue Richtung‘ zu beobachten sind“.

Nicht weniger bedeutsam ist die Kritik der Zeitung an der Behandlung der Jugendkriminalität durch den Kongreß. Hier habe die Versammlung einen „Katalog von Dutzenden von allen möglichen — und manchmal unmöglichen — Maßnahmen“ ausgearbeitet, der „von etwas fragwürdigem Wert erscheint“. In der Bekämpfung der Jugenddelinquenz würde „schlechthin alles aufgezählt, was in unserer in der Kreierung von Apparaten und Organisationen das Heil erblickenden Zeit irgendwie herangezogen werden kann...“, während die Kirche und die religiösen Organisationen, die hier gewiß ein gewichtiges Wort mitzureden hätten, nur am Rande Erwähnung finden“. „Man gewinnt den Eindruck, daß eine wenig verheißungsvolle institutionalistische Hybris weitgehend das Feld beherrscht... Der Glaube, daß die Neigung zum Verbrechen durch institutionelle Vorkehrungen und durch die Methoden einer rationalistischen Psychiatrie wirksam bekämpft werden kann, scheint bei vielen — glücklicherweise nicht bei allen — tonangebenden Kreisen der modernen Kriminalsoziologie doch etwas allzu tief Boden gefaßt zu haben.“ Eine ähnliche kritische Stellungnahme findet sich auch im Novemberheft der Zeitschrift „Wort und Wahrheit“.

Der 2. Weltkongreß der Vereinten Nationen mit ähnlichem Thema soll in fünf Jahren stattfinden.

**Besorgnisse
der britischen
Katholiken
zum russischen
Staatsbesuch**

Die britische Regierung hat Bulganin und Chruschtschew zu einem Staatsbesuch eingeladen. Die englischen Katholiken nehmen an den Schicksalen der Kirche im Osten sehr aufmerksam und intensiv Anteil. Darin zeichnen sie sich vor allen kontinentalen Ländern aus. Sie haben ferner die Eigenschaft, ihre Ansichten mit britischer Freimütigkeit auch gegenüber der Regierung und vor der Öffentlichkeit auszusprechen. Das geschah schon, als Tito in England erschien, und ebenso regt sich ihre Abneigung jetzt, lange vor dem russischen Besuch. Der Sekretär der Catholic Social Guild, Paul Crane, erklärte vor einer Versammlung der Kolumbusritter in Manchester: „Mit äußerstem Befremden blicke ich auf die Einladung des Premierministers an zwei sowjetische Beherrscher, in unser Land zu kommen und sich offiziell begrüßen zu lassen, da unser Land einst stolz auf seine Freiheit war. Wir wollen uns nicht weigern, mit den Russen zu sprechen. Aber wir sollten sie nicht bei uns mit öffentlichen Ehren empfangen. Ein England, das Gewaltherrschern Heil ruft, wenn sie durch seine Straßen fahren, ist kein Land mehr, in dem wenigstens einige von uns zu leben verlangen.“ Ein anderes Gesicht der Russen beweise noch keine Änderung ihres Herzens. Wie sich beim Staatsbesuch Titos gezeigt hat, gibt die Ansicht Cranes die Stimmung der meisten Katholiken wieder. Ihr Mißtrauen ist tiefer gegründet als die zu Gunsten Rußlands neigende Stimmung vieler ihrer Landsleute, die nur in den Kategorien der politischen Taktik und des ökonomischen Nutzens denken.

**Das britische
Apostolat
der Information**

Seit Anfang 1954 besteht in England ein Apostolat zur Information Andersgläubiger über den katholischen Glauben (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 454). In gewissen Zwischenräumen erscheinen in der Provinzpresse Einladungen, an einem Fernkursus zur Information teilzunehmen, der vom Catholic Enquire Centre veranstaltet wird. Die Einladungen werden als Anzeigen aufgegeben, und ihre Finanzierung ist ein Beitrag vieler Gläubiger zu diesem Apostolat. Am Ende des Kursus vermittelt die Informationsstelle auf Wunsch die persönliche Bekanntschaft mit einem katholischen Priester oder Laien. Sich dafür zur Verfügung zu stellen, ist eine höhere Form der Teilnahme an diesem Werk. Um dem Apostolat die Zukunft zu sichern, ist man jetzt dazu übergegangen, systematisch Förderer zu gewinnen, die die Glaubensgenossen für seine dauernde Unterstützung wachhalten sollen. Die Unterstützung soll in regelmäßigem Gebet und finanziellem Beitrag bestehen.

Seit Februar 1954 haben 13 600 Personen an dem Fernkursus teilgenommen. 1 100 sind der Einladung gefolgt, nach seiner Beendigung die persönliche Bekanntschaft eines Katholiken zu machen; 300 von ihnen sind zur Kirche übergetreten. Auch jetzt beginnen in jedem Monat etwa 1 000 Interessenten mit dem Studium dieses Fernkurses. Oftmals handelt es sich um ganze Familien, die an dem Interesse eines Familienmitgliedes teilnehmen, so daß die Zahl derer, an die die Informationen tatsächlich gelangen, erheblich höher ist, als die obigen Zahlen es ausdrücken. In einem Fall traten auf das Beispiel eines Familienmitgliedes neun weitere über. Man will allmählich erreichen, daß die Gläubigen selbst daraufkommen, den Interessierten unter ihren andersgläubigen Bekannten

die Teilnahme an diesem Kursus zu empfehlen und zu vermitteln. Doch zunächst müssen die Mittel aufgebracht werden, um die Versendung so vieler Briefe, die ohne Gegenleistung der Empfänger geschieht, zu ermöglichen.

Aus der totalitären Welt

**Zwei neue Bischöfe
in Litauen**

Radio Moskau gab bekannt, daß der letzte noch in Litauen amtierende Bischof, Paltarokas von Panevezys, dem Domkapitular Mazialis und dem Dekan Stepanavicius die Bischofsweihe erteilt hat. Nach NCWC-News Service wurde im Vatikan bestätigt, daß der Heilige Stuhl die beiden Priester schon vor längerer Zeit zu Bischöfen ernannt hat. Es ist aber nicht bekannt, welche Jurisdiktion ihnen übertragen wurde. Nach dem Moskauer Rundfunkbericht nahmen an der Weihe über dreißig Geistliche und 15 000 Gläubige teil. Die Nachricht wurde nur in verschiedenen europäischen Sprachen, nicht auf russisch gesendet. In diesem Zusammenhang stellt sich wieder einmal die Frage, wie viele Katholiken, Gemeinden und Gotteshäuser es wohl heute auf dem Territorium der Sowjetunion geben mag. Der Präsident der Baptistischen Weltallianz, Dr. Theodore Adams, erklärte einer KIPA-Meldung zufolge, in Rußland würden 1 500 katholische Kirchen für den Gottesdienst benutzt. P. Bissonette, der im vergangenen Jahre ausgewiesene amerikanische Botschaftskaplan in Moskau, erklärte dazu, diese Angaben seien ungeprüft aus sowjetischen Touristenhandbüchern übernommen. Er selbst wisse nur von vier Kirchen, die geöffnet sind: in Moskau, Leningrad, Kischinew und Tiflis. Über die Zahl der Gemeinden und Kirchen im Baltikum und in Litauen habe er trotz aller Bemühungen niemals eine Auskunft erhalten können. Bissonette bezweifelte auch die Behauptung Adams', daß es in Rußland über 800 lutherische Gotteshäuser gebe.

**Chronik der
polnischen
Kirchenverfolgung**

Das Verbot des grundlegenden Buches von Piasecki und der führenden Zeitschrift der fortschrittlichen Katholiken durch das Heilige Offizium (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 540) wird bis heute in Polen totgeschwiegen. Die Zeitschrift erscheint nach wie vor, obwohl ihre Herausgeber, Verleger, Mitarbeiter und die Bewegung, deren Organ sie ist, unentwegt ihre Treue und ihren Gehorsam gegen den Heiligen Stuhl betonen. Einer Nachricht von NCWC-News Service zufolge haben einige der Betroffenen erklärt, das römische Verbot binde sie nicht, da es nicht durch den zuständigen Bischof, den Erzbischof von Warschau, verkündet worden ist. Daß diese Ausflucht weder vor dem Kirchenrecht noch vor der Moraltheologie bestehen kann, wird den fortschrittlichen Theologen nicht unbekannt sein. Eine Indizierung bedarf keiner eigenen bischöflichen Publikation. Ausflüchte dieser Art sind übrigens in der Geschichte der Glaubensirrtümer nicht neu; vom Jansenismus bis herab zum Modernismus und zur Action Française haben Katholiken, die sich dem kirchlichen Lehramt nicht unterwerfen wollten oder die es nicht mehr konnten, zu ähnlichen Unterscheidungen ihre Zuflucht genommen. Von diesem Augenblick an verliert aber die Beteuerung des Glaubensgehorsams ihre Glaubwürdigkeit. Das gilt leider auch von der Rechtfertigung, die ein Mit-

glied der Progressistengruppe, der Sejm-Abgeordnete Graf Lubienski, in einem Interview mit dem Stockholmer Vertreter von „Le Monde“ (9. 9. 1955) vorzunehmen versuchte. „Das Verbot . . . hat uns schmerzlich getroffen. Wenn wir bereit sind, uns den Entscheidungen Roms zu fügen, hoffen wir doch, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und daß das Problem im Rahmen der Vorschriften und Grundsätze der Kirche geregelt werden kann.“ Dann bedauert Lubienski aber sofort, daß gewisse Kreise die „schmerzliche Angelegenheit“ politisch ausbeuten und daß zu diesen Kreisen auch Priester und der „Osservatore Romano“ gehören. Die negative Einstellung Roms werde genährt durch seine unrealistischen Beziehungen zu den Emigranten.

Praktische Zusammenarbeit — ideelle Konkurrenz?

„Man hat uns zuweilen die Absicht nachgesagt, eine Synthese zwischen Katholizismus und Marxismus anzustreben. Das ist absurd oder Verleumdung. Wir lehnen unzweideutig die materialistische Philosophie als Ganzes ab. Aber wir sehen nicht ein, welche Einwände dagegen erhoben werden können, daß wir freimütig und ehrlich am sozialistischen Aufbau unseres Landes mitarbeiten . . . Unser Stichwort lautet: Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, Konkurrenz auf kulturellem Gebiet. Wir haben genügend Vertrauen in unsern Glauben, um sportlich zu sagen: der Bessere soll gewinnen.“ Bisher sei jedenfalls festzustellen, daß das religiöse Leben erstaunlich aufblühe.

Lubienski stützte seinen Optimismus ferner darauf, daß die Marxisten gar kein Interesse haben, das religiöse Volk Polens in Gewissenskonflikte zu stürzen, wobei er sich auf das bekannte Toleranzedikt von Chruschtschew bezog. Man dürfe eine gewisse Milderung früherer Standpunkte erwarten, vorausgesetzt allerdings, daß die Friedensatmosphäre und die Entspannung auf politischem Gebiet sich vertieft. Der Abgeordnete sprach schließlich seine Verwunderung darüber aus, daß man den Katholiken in den sozialistischen Ländern soviel Mißtrauen und so herbe Kritik entgegenhält, während man die Entchristlichung in den bourgeoisen Ländern stillschweigend hinnimmt.

Der „Osservatore Romano“ antwortete schon zwei Tage später (11. 9. 1955). Er nimmt die Äußerungen von Lubienski als „Dokument und Bekenntnis“ entgegen, beschuldigt sie aber der Zweideutigkeit. Lubienski spreche von Unterwerfung, bezeichne seine Bewegung aber sogleich als Opfer politischer Umtriebe, als „Opfer“, wie „die Häretiker aller Länder und Zeiten“ zu sagen pflegten. Daraus ergebe sich die Frage: Werden sie nun in ihrer zweideutigen Haltung fortfahren?

Dann belegt das vatikanische Blatt den Vorwurf der Zweideutigkeit. Lubienski sagt: praktische Zusammenarbeit, ideelle Konkurrenz! „Als ob sich nicht aus der Unvereinbarkeit der Doktrin sittliche, das heißt praktische Unvereinbarkeiten ergäben. Der Katholik schuldet nach dem Gebot der Kirche auch ungerechten Gewalten, wenn sie konstituiert sind, Gehorsam. Aber er kann nicht mitarbeiten beim Aufbau einer neuen Ordnung, die gegründet ist auf den materialistischen Atheismus, auf die Zerstörung des religiösen Glaubens und der Moral, die sich aus dem Glauben ergibt.“

Der „Osservatore“ belegt die Behauptung, daß der Aufbau Polens auf den Atheismus gegründet wird, mit folgenden Tatsachen: Unterdrückung der katholischen Schu-

len und der religiösen Erziehung, Beeinflussung der Ausbildung der Geistlichen, Einmischung des Staates in die kirchliche Jurisdiktion, Absetzung und Internierung von Bischöfen, Priesterprozesse in Verbindung mit Verleumdungen gegen die Bischöfe und den Heiligen Stuhl. Gegenüber diesen Tatsachen, sagt das Blatt, wagen die Fortschrittlichen zu behaupten, es sei alles in bester Ordnung und dieser Stand der Dinge stelle eine Art natürlichen Christentums dar, während die Kirche im Westen vom Kapitalismus und Imperialismus abhängig sei.

Die Berufung Lubienskis auf das Dekret Chruschtschews und seine Hoffnung auf die Einsicht der Kommunisten widerlegt der „Osservatore“ durch den Hinweis auf Lenin, der dem folgsamen Kommunismus starre Ziele und wandelbare Methoden vorgeschrieben hat. Der Kampf gegen die Religion gehört zum Wesen des Kommunismus, wie auch seine Taktik sich wandeln mag. Deshalb kann der Progressismus nur als ein Mittel zur Verwirrung unter den Katholiken angesehen werden.

Von besonderer Bedeutung ist der letzte Absatz des Artikels: „Lubienski beklagt sich, daß kein Urteil gegen nicht-sozialistische Länder ergangen sei, ungeachtet des religiösen Verfalls, der sich dort zeigt. Er hat also vergessen, daß die Kirche durch ihre Lehre, durch die katholische Moral und durch die Sakramente den Gläubigen die Mittel zu ihrer Heiligung gewährleistet. Durch diese persönliche Heiligung behauptet sich der Glaube innerhalb der gesellschaftlichen Ordnungen; auf dem Wege über den freien Menschen also, nicht durch Auflagen oder Beschränkungen von oben. In ihren Beziehungen zu den Staaten bemüht sich die Kirche, ihren Gläubigen die Freiheit zu sichern, daß sie an das Gute glauben und für das Gute wirken können. Sie protestiert, wenn diese Möglichkeit behindert oder verneint wird. Wir fordern Lubienski auf, das Gegenteil zu beweisen. Er unterstellt der Kirche ‚Politik‘, nur weil sie der Sache Gottes und der Wahrheit dient und nicht den mehr oder weniger trüben Wünschen der Menschen.“

Um die rechtverstandene „Freiheit der Kirche“

Diese Entgegnung des römischen Blattes zeugt bei aller Entschiedenheit und Klarheit dennoch von einer unübersehbaren Mäßigung. Es ist höchst bemerkenswert, daß sie den polnischen Katholiken ausdrücklich bestätigt, daß sie ihrer Regierung Gehorsam schulden, wenn deren Anordnungen nicht etwas Unsittliches, das heißt eine Übertretung der Gebote Gottes oder der Kirche fordern. Aber noch wichtiger ist der letzte Absatz der Replik des „Osservatore“. Lubienski fragt: Warum mißt die Kirche die West- und die Oststaaten mit zweierlei Maß? Der „Osservatore“ antwortet: Weil die Weststaaten die volle Freiheit der katholischen Lehre und Religionsausübung gewährleisten, die Oststaaten dagegen nicht. Diese klare Tatsache und nicht eine politische Voreingenommenheit oder gar eine innere Verbundenheit der Kirche mit dem Westen bestimmt ihr Verhalten. Damit ist die Bedingung ausgesprochen, unter der auch mit dem Osten ein *modus vivendi* hergestellt werden könnte. Der „Osservatore“ nennt sogar die wichtigsten einzelnen Beschränkungen dieser Freiheit, die beseitigt werden müßten und in denen sich zur Zeit der atheistische Charakter der Oststaaten bekundet. Wenn die fortschrittlichen Katholiken Polens den Aufsatz des „Osservatore“ sehr aufmerksam lesen, können sie erkennen, worin ihre Aufgabe besteht und wie sie sich von dem Verdacht der Zweideutigkeit reinigen kön-

nen. Was sie „Freiheit der Kirche“ nennen, ist keine Freiheit, mit der die Kirche sich abfinden kann oder mit der sich abzufinden sie ihren Gläubigen gestatten kann. Der „Osservatore“ hat genau gesagt, was mindestens gewährleistet sein muß, damit diese Freiheit verwirklicht ist und ein *modus vivendi* gefunden werden kann. Er hat aber auch gesagt, daß die Kirche keine Privilegien verlangt, um mit modernen Staaten in Frieden zu leben. Sie fordert keine „Auflagen und Beschränkungen von oben“ gegen Andersdenkende. Insofern nimmt sie also die These vom Konkurrenzkampf der Geister an.

Der „Osservatore Romano“ hat schon häufig gesagt, daß es sich bei dem Kirchenkampf nicht um einzelne Personen handelt, auch nicht um Kardinäle, sondern um die Gleichheit und Freiheit in der Ausgangsstellung des Geisteskampfes, dem sie nicht ausweicht. In einem Kommentar zu den Erklärungen des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz gelegentlich des Weltjugendfestes in Warschau betonte der „Osservatore“ neuerdings, man solle nicht glauben, daß „das Problem der Beziehungen von Staat und Kirche in Polen sich auf den ‚Fall‘ Wyszynski reduzieren lasse“, und auch nicht allein auf die Freiheit des Gottesdienstes, deren Vorhandensein in Polen niemand bestreitet. „Aber die Kultfreiheit, obwohl sie ein Teil der religiösen Freiheit ist, erschöpft diese nicht. Es ist bekannt, daß in Polen, wenn man auch den Katholiken die Möglichkeit gewährt, an den Gottesdiensten teilzunehmen und die Sakramente zu empfangen, alle anderen geistigen und sittlichen Freiheiten immer mehr eingeschränkt werden, und zwar mit der offensichtlichen und erklärten Absicht, die Katholiken zu einer aktiven Anhänglichkeit an den Kommunismus zu bewegen, ohne daß sie danach fragen sollen, ob er mit der katholischen Lehre und Moral vereinbar ist oder nicht“ (19. 8. 1955). Solange also eine auch von den fortschrittlichen Katholiken als unvereinbar mit unserem Glauben anerkannte Weltanschauung mit Hilfe der Staatsgewalt und aller ihrer Institutionen sich den Gläubigen aufzwingt, indem sie Bekenntnisse fordert oder auch nur den Raum des öffentlichen Lebens für sich allein beschlagnahmt, darf ein Katholik nicht sagen oder gar anderen einreden wollen, daß die Kirche frei sei. Wenn die fortschrittlichen Katholiken immer wieder behaupten, daß sie die Möglichkeit haben, mit ihrer Regierung offen über ihre Beschwerden zu sprechen, dann hat der „Osservatore“ ihnen in seinen Antworten das Thema gezeigt, über das gesprochen werden muß, wenn man tatsächlich einen *modus vivendi* anstrebt. Dafür bietet die Kirchengeschichte viele Beispiele, nicht zuletzt, am Ende der Französischen Revolution, das Konkordat von 1801.

Aus Amerika und Australien

Die Kirche in Argentinien nach Peróns Sturz Mit der Kapitulation Peróns vor den aufständischen Truppen am 19. September, der erstaunlich bald eine Normalisierung des Lebens in Argentinien folgte, hat naturgemäß auch die von dem Diktator in den letzten neun Monaten entfesselte Kirchenverfolgung aufgehört. In der neuen provisorischen Regierung unter General Lonardi befinden sich vorwiegend eifrige Katholiken, die teils der christlich-nationalistischen Gruppe, teils der konservativen Partei angehören. Das erklärt sich daraus, daß eben diese Katholiken in der Zeit der Verfolgung hervorgetreten

waren, ihren Mut und ihre Fähigkeiten bewiesen hatten und in der vordersten Front im Kampf gegen die Diktatur standen. „Der Sieg der Revolution war zugleich ein Sieg des gebildeten katholischen Bürgertums“, sagt die „Neue Zürcher Zeitung“ (2. Oktober 1955).

Die provisorische Regierung hat sofort damit begonnen, die antikirchlichen Maßnahmen, die Perón in den letzten Monaten getroffen hatte, wieder rückgängig zu machen. Als allererstes wurde schon am 23. September die Pressefreiheit wiederhergestellt. Das kommt natürlich auch der katholischen Presse zugute. Ebenso betraf die am 28. September erlassene allgemeine Amnestie für politische Verbrechen die zahlreichen Katholiken, zumal der Katholischen Aktion, die sich in Peróns Gefängnissen befanden. Schon vom 30. September wurde auch gemeldet, daß das neue Unterrichtsministerium die Abschaffung des Religionsunterrichts wieder rückgängig gemacht habe. Die katholischen Schulen sollen wieder die früheren Unterstützungsbeträge von der Regierung erhalten, alle Privilegien sollen ihnen zurückgegeben werden (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 161, 207, 301). Sämtliche Schulbücher werden revidiert. Kurz darauf wurden auch die kirchlichen Feiertage, die Perón abgeschafft hatte, wieder eingesetzt, dafür alle peronistischen Erinnerungstage abgeschafft.

Die neue Regierung hat auch bereits am 27. September die direkte Verbindung mit den höchsten kirchlichen Stellen aufgenommen. Der neue Außenminister Amadeo hat den argentinischen Primas, Kardinal Copello, im Sanatorium der Kleinen Gesellschaft Mariens, in dem er sich seit den blutigen Tagen des Juni aufhält, aufgesucht und kurz darauf den Päpstlichen Nuntius, Msgr. Zanin, in seinem Ministerium empfangen. Die Kirche führt also jetzt in Argentinien wieder ein unangefochtenes und von der Sympathie der Regierung getragenes Leben.

Jedoch ist damit noch nichts über das zukünftige rechtliche Statut der Kirche in diesem Land gesagt. General Lonardi, der immer wieder das Vorübergehende seiner Regierung betont, will die endgültige Regelung mit Recht der zukünftigen, durch freie Wahlen zustande gekommenen, legitimen Regierung überlassen. Die Aufrührung der Frage der Rechtsstellung der Kirche in Argentinien würde im Augenblick nur die Gemüter erhitzen, während vor allem Beruhigung nötig ist. Lonardi persönlich wäre jedoch für eine Regelung durch ein Konkordat, wie er mehrmals in Interviews gesagt hat. Die Frage eines Konkordats wird jedenfalls ernsthaft ins Auge gefaßt. Lonardi hat ebenfalls wiederholt versichert, daß er den Wahlkörper zusammenrufen werde, sobald es die Verhältnisse nur eben gestattet; „spätestens in 220 Tagen“ sollten, so erklärte er sogleich nach der Übernahme der Regierung, allgemeine freie Wahlen stattfinden (deren Vorbereitung nach 10 Jahren Diktatur und einem erneuerungsbedürftigen Wahlgesetz gewiß einige Zeit beansprucht; vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 497).

Sicher besteht für die Kirche in Argentinien unter den neuen Verhältnissen die dringende Aufgabe, sich der sozialen Frage anzunehmen, das Gewerkschaftsproblem mit lösen zu helfen und dafür zu sorgen, daß mit dem peronistischen Regime nicht zugleich auch die sozialen Fortschritte weggefegt werden, die dieses eben doch, um sich auf die breiten Volksschichten stützen zu können, gebracht hat. Es scheint, daß man gerade in diesem Punkt in der argentinischen Arbeiterschaft und zumal im Allgemeinen

Gewerkschaftsbund gegenüber der gegenwärtigen kirchlich gesinnten und zum Teil konservativen provisorischen Regierung einige Besorgnis hegt. Lonardi selbst allerdings hat betont, daß er alle Gewerkschaften respektieren werde, so wie er auch für den kommenden Wahlkampf der progressistischen Partei freie Mitbeteiligung zugesichert hat.

Ein Bischofswort zur amerikanischen Einwanderungsbeschränkung

Auf einer Gedächtnisfeier für den Gründer der italienischen Auswanderer-Missionsgesellschaft, Johann Scalabrini, bezeichnete der Erzbischof von

Boston die weitherzige Aufnahme von Auswanderern in Amerika als eine durch Gottes Gesetz gebotene Pflicht.

Erzbischof Cushing sagte: „Wenn wir dieses Gedächtnis feiern, müssen wir uns fragen, ob wir der Einwanderung in unser Land heute noch genügend Möglichkeiten bieten. Sie scheint durch Gottes Gesetz geboten zu sein. Wenn die Kraft eines vitalen Volkes in das Leben Amerikas einströmt, dann hat das eine segensreiche kulturelle Befruchtung zur Folge. Allzuwenig hat man vor zwei Jahren den Hirtenbrief der australischen Bischöfe [vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 504] beachtet, in dem sie darlegten, daß die Erde von Gott für alle seine Kinder geschaffen wurde. Wenn Australien nicht bereit wäre, die Einwanderer hereinzulassen, die sein leeres und verfügbares Land nutzen würden, könnte es vielleicht einmal rücksichtslos von den fruchtbaren Massen Asiens in Besitz genommen werden, den landarmen, hungrigen Enterbten der Menschheit.

Das mag radikal geklungen haben, aber in Übereinstimmung mit dem Evangelium konnte man nur so sprechen. Ich freute mich, daß kurz darauf die nichtkatholischen christlichen Führer Australiens sich mit den katholischen Bischöfen identifizierten. Auch sie stimmten darin überein, daß die Erde und ihr Reichtum Gott gehört. Und da er sie für den Menschen schlechthin geschaffen hat, kann man in keiner Zeit und aus keinem Grunde die Nutzung der Schätze der Erde einigen auserwählten wenigen vorbehalten.

Wenn meine Stimme auch leise klingt, fühle ich mich zu der Frage verpflichtet, wie wir in unserm christlichen Gewissen vor Gott, dem Herrn des Himmels und der Erde, die Selbstgerechtigkeit verantworten sollen, daß wir aus Amerika ein Reservat für diejenigen gemacht haben, die wir für wohlgeboren halten. Unser Jahrhundert heißt mit gutem Grund das Jahrhundert des Volkes. Die Anklage der entwurzelten Völker der Erde wird uns ewig verdammen, wenn wir nicht im Gedenken an den Ruhm Amerikas in der Vergangenheit auch jetzt bereit sind, die Fackel der Freiheit, die die Welt erleuchtet, und einen aufrichtigen Händedruck denen zu bieten, die als Fremde an unsere Tore klopfen.“

Der amerikanische Gewerkschaftszusammenschluß

Der Zusammenschluß der beiden großen amerikanischen Gewerkschaftsverbände AFL (American Federation of Labour) und CIO (Congress of Industrial Organizations), die die weit überwiegende Mehrzahl aller organisierten Arbeiter vertreten, wird in USA als das wichtigste soziale Ereignis dieses Jahres empfunden.

In rechtsgerichteten liberalen Kreisen erweckt der Zusammenschluß gesellschaftspolitische Befürchtungen. Sie richten sich nicht gegen die Arbeiterschaft als Stand, der

nun an Stärke und Geschlossenheit im Ringen um die Arbeitsbedingungen gewonnen hat. Wie das Labour Day Statement der NCWC erst kürzlich hervorhob (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 17), hat das partnerschaftliche Denken der Arbeitsmarktparteien so große Fortschritte gemacht, daß der Abschluß von Tarifverträgen im allgemeinen längst nicht mehr in klassenkämpferischer Stimmung vor sich geht, sondern wie unter seriösen Kaufleuten mit Realismus und Fairneß ausgehandelt wird. Unternehmer und Arbeiter treten sich gesellschaftlich gleichberechtigt und mit dem Bewußtsein gegenseitiger Abhängigkeit gegenüber.

Was man befürchtet, ist gerade, daß diese Atmosphäre menschlicher Verbundenheit und persönlicher Verantwortung getrübt werden könnte. In einer Einheitsgewerkschaft oder, besser gesagt, in deren Führung könnte eine neue kollektive Macht auf den Plan treten, die zu totalitärer Herrschaft drängt und die persönlichen Freiheiten gefährdet, und zwar die des einzelnen Arbeiters nicht weniger als die der übrigen Bürger. Schon jetzt, so meinen diese Liberalen, ist die Freiheit durch die wirtschaftlich-soziale Übermacht der staatlichen Bürokratie stark eingeengt. Wenn sich nun auch noch im Raum der freien Gesellschaft Machtgebilde entfalten, die über lebenswichtige Monopole gebieten, wie die Gewerkschaftsführung über die Arbeitskraft der Nation, dann kann der soziale Machtkampf zwischen den Bürokratien kaum ausbleiben. Wie er auch ausgehen mag, in jedem Falle steht am Ende einer solchen Entwicklung ein System des Kollektivismus.

Die finanzielle Macht der amerikanischen Gewerkschaften wurde vor kurzem in einem Aufsatz von E. von Hofmannsthal in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (13. 9. 1955) an Beispielen erläutert. Das Vermögen der Gewerkschaften, so sagt Hofmannsthal, beträgt gegenwärtig über 6 Milliarden Dollar. Es wächst jährlich um wenigstens 300 Millionen, da die Gewerkschaften mit den gemeinnützigen Gesellschaften das Privileg der Steuerfreiheit genießen. Entscheidend ist aber nicht so sehr die Größe ihres Vermögens als die Tatsache, daß sie es an den strategischen Punkten der Wirtschaft einsetzen, obwohl die meisten Statuten die Anlage in Staatspapieren vorschreiben. Der Aktienbesitz gewährt den Gewerkschaften eine wirtschaftliche Macht, die größer ist, als die Höhe der jeweiligen Beteiligung vermuten läßt; denn in den meisten Fällen ist das Kapital der Gesellschaften zu einem so großen Teil in den Händen von Kleinaktionären, daß die Kontrolle der Verwaltung von selbst den wenigen größeren Teilhabern zufällt. Auch Hofmannsthal ist nicht etwa dagegen, daß die Arbeiter zugleich auch Aktionäre und insofern Mitunternehmer sind, im Gegenteil. Aber ein zentral gesteuertes Gewerkschaftskapital ist kein Arbeiter-eigentum, sondern ein Machtmittel in den Händen der Gewerkschaftsbürokratie, die dank diesem Mittel mehr und mehr zum Selbstzweck wird.

In den katholischen Kreisen Amerikas wird der Gewerkschaftszusammenschluß überwiegend freundlich aufgenommen. Erzbischof Cushing von Boston bezeichnete ihn als „die Morgenröte eines neuen Tages“ in der Arbeiterbewegung von Amerika. Er ist der Überzeugung, daß der Machtgewinn der Arbeiterschaft innerhalb der gegenwärtigen sozialen Ordnung eher verhindern wird, daß die Arbeiter zum Kommunismus hinneigen. Sie werden nun um so mehr gegen ihn kämpfen. Das Social Action Department der NCWC vertritt die Auffassung, der Zu-

sammenschluß werde zur Folge haben, daß immer mehr bisher unorganisierte Arbeiter sich den Gewerkschaften anschließen. So werde die Ausbreitung der Kollektivverträge und damit die Ordnung des Wirtschaftslebens begünstigt.

In einem Aufsatz in der Zeitschrift „America“ (10. September 1955) setzt sich der sozialpolitische Experte des Blattes, Benjamin L. Masse, mit den Problemen des Zusammenschlusses auseinander. Der politische Einfluß der Gewerkschaften, sagt Masse, wird sicherlich größer werden. „Aber die Vorstellung, daß die organisierte Arbeiterschaft in der Form einer totalitären Kraft jede politische Opposition über den Haufen werfen könnte, hat keine Verbindung mit der Wirklichkeit des heutigen Amerika.“ Er weist darauf hin, daß auch die Gewerkschaften selbst nicht daran glauben, sie könnten die Arbeiter bei den Wahlen jemals zu einem einheitlichen Block nach Art der englischen Labour Party zusammenschmieden. Die öffentliche Meinung innerhalb der Gewerkschaften will nicht, daß diese sich in die allgemeine Politik einschalten, sondern daß sie ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Aushandeln günstiger Tarifverträge und der Wahrung der Interessen des einzelnen Arbeiters innerhalb der Wirtschaft hingeben. Dabei sind alle darin einig, daß es nicht auf Augenblicksvorteile ankommt, sondern auf eine weitsichtige Lohn- und Sozialpolitik. Wenn nun die Konkurrenz unter den Gewerkschaften ein Ende hat, dann begünstigt das ein starkes, aber kluges und weitsichtiges Vorgehen der Leitung. Übrigens, sagt Masse, darf man nicht vergessen, daß dem politischen Gewicht der Gewerkschaften das Gewicht der übrigen Berufsorganisationen mehr als gewachsen ist.

Wenn der Zusammenschluß eine Sorge auslöst, dann ist es die Sorge um die richtige und genaue Bestimmung der Aufgaben und Verfahrensweisen der beruflichen freien Organisationen innerhalb der Gesellschaft. Sie sind an und für sich nicht nur der natürliche und gesunde Ausdruck menschlichen Zusammenschlusses, sondern in Gegenwart und Zukunft auch die einzige Alternative gegenüber der Diktatur. Entscheidend ist aber, daß sie sich ihrer Verantwortung für die Gesamtheit bewußt bleiben. In der Theorie erkennen das alle an. Aber der Mensch neigt allzusehr dahin, daß er sein persönliches Interesse oder das seiner Gruppe mit dem Gesamtinteresse gleichsetzt. Das ist die Gefahr aller Berufsgruppen, die nur in sittlicher Verantwortung gebannt wird. Von dieser also wird die Zukunft der amerikanischen Gesellschaft in der Hauptsache abhängen.

Die Großstädte — In einem anfangs September erschie-
eine soziale Gefahr nenen Hirtenbrief beschäftigen sich die Bischöfe Australiens mit den Gefahren, die sich aus der Zusammenballung der Bevölkerung in den Großstädten ergeben. Nun ist diese Gefahr allerdings nirgends so groß wie in Australien. Das Land hat etwa 9 Millionen Einwohner. Von ihnen wohnen 4,817 Millionen in den sechs Landeshauptstädten Sydney, Melbourne, Adelaide, Brisbane, Perth und Hobart. Die Bundeshauptstadt Canberra hat nur etwa 22 000 Einwohner.

Die Bischöfe stellen aber das besondere Problem Australiens in einen allgemeineren Zusammenhang. Die Großstadt begünstigt den Zentralismus und die Vermassung. Man würde allerdings gegen den Zug zur Großstadt wohl vergeblich ankämpfen, da er zu den als schicksalhaft hin-

genommenen Notwendigkeiten des technischen Zeitalters zählt, wenn nicht die Gefahr des Atomkrieges gekommen wäre. Der Atomkrieg läßt nur zwei Möglichkeiten: Tod oder Evakuierung. Darüber sind sich die Sachverständigen in England und Amerika einig.

Die Bischöfe stellen deshalb fest: Die schnell fortschreitende Zusammenballung der Menschen in den Großstädten macht die Verteidigung in einem kommenden Krieg fast unmöglich. Sie hat aber auch in Friedenszeiten unabwendbare schädliche Folgen. Die Bischöfe nennen als solche den Geburtenrückgang, wirtschaftliche Ungleichheit, niedrigeren Lebensstandard, Nachlassen des religiösen Glaubens und Lebens, Einengung der Freiheit der Persönlichkeit, Auflösung des Familienlebens und Häufung der Verbrechen.

Wegen dieser Schädigungen des Gemeinwohls sollte der Staat die Ansiedlung auf dem Lande fördern und indirekt erzwingen. Es wäre zwar unrealistisch, zu fordern, daß man die gegenwärtigen Großstädte gewaltsam verkleinere. Der Staat könnte aber verhindern, daß sie weiterwachsen, wenn er die Ansiedlung neuer und die Vergrößerung bestehender Betriebe im Bereich der Großstädte verbietet und sie auf das Land verweist. Außerdem müßten zur Förderung des Landes der Straßenbau, das Verkehrswesen und die Bewässerung bei Neuinvestitionen an erster Stelle berücksichtigt werden.

Auf drei Gründe für eine sofortige Inangriffnahme der Besiedelung des Landes geht das Hirtenschreiben näher ein. Es mag verwunderlich sein, daß an erster Stelle die militärischen Notwendigkeiten genannt werden. Aber sie wirken in diesem Falle am überzeugendsten, und außerdem würde ein Krieg bei der augenblicklichen Bevölkerungsverteilung tatsächlich schon in den ersten Tagen zu einer Katastrophe für das ganze Volk werden. Der Abwurf von Atom- oder gar von Wasserstoffbomben auf die sechs Großstädte könnte in Augenblicken mehr als die Hälfte der australischen Bevölkerung vernichten.

Dann weisen die Bischöfe darauf hin, daß das unaufhörliche Wachstum dieser Städte jedes Jahr enorme Kapitalinvestitionen für die Vergrößerung der öffentlichen Einrichtungen erfordert, die dem Lande entzogen werden müssen, obwohl sie dort, volkswirtschaftlich betrachtet, weit nutzbringender wären. Allein in Melbourne werden zu diesen Zwecken jährlich etwa 70 Millionen Pfund (ca. 840 Millionen DM) aufgewendet. Man befindet sich in einem *circulus vitiosus*: Da das Kapital zur Aufschließung des Landes fehlt, siedeln Betriebe und Menschen sich in den großen Städten an; und da sie sich dort ansiedeln, fehlt das Kapital für den anderen Zweck.

Ein dritter Nachteil der Konzentration auf die Städte besteht in einer völlig unrationellen Erhöhung der Lebenskosten und damit in einer Senkung des Lebensstandards. Vor allem entstehen die Kosten durch die Verteuerung aller Lebensmittel und durch die hohen Ausgaben für die Verkehrsmittel. Die langen Anfahrten zum Arbeitsplatz verkürzen außerdem die Freizeit im Durchschnitt um fünf Stunden pro Woche.

Um das Programm der Dezentralisation in Angriff zu nehmen, sind gewisse Voraussetzungen nötig. Man muß sich freimachen von dem Aberglauben, das weitere Wachstum der Städte sei eine unabwendbare Notwendigkeit. Die politischen Parteien müssen willens sein, im Interesse des Gemeinwohls auf die Vorteile zu verzichten, die ihnen die Großstädte für ihre Wahl- und Werbezwecke bieten. Die einzelnen Bundesstaaten müssen

gleichmäßig vorgehen und dürfen nicht zugunsten ihrer eigenen Hauptstadt Ausnahmen machen.

Das Programm selbst würde folgende Maßnahmen fordern: Schaffung neuer Häfen in allen Bundesstaaten und Erschließung ihres Hinterlandes für den Verkehr auf Straße und Schiene; Verbot der Einrichtung neuer Fabriken in den Großstädten, verbunden mit steuerlichem Anreiz zur Ansiedlung an den neugeschaffenen Verkehrswegen; Ausstattung der erschlossenen Gebiete mit Energie; Dezentralisation der Behörden; Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung in den neu erschlossenen Gegenden und der zugehörigen Gewerbe und Industrien. Gerade das letztgenannte Projekt würde eine gesunde Proportion zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen und zwischen Stadt- und Landbevölkerung begünstigen.

Das Hirtenschreiben weist zuletzt darauf hin, daß die fortschreitende Erschließung Australiens sich als eine sittliche Pflicht gegenüber der Menschheit darstellt, die auf alle noch brachliegenden Naturschätze angewiesen ist.

Aus dem Nahen Osten

Neuer maronitischer Patriarch Die mit Rom unierte maronitische Kirche verlor am 19. Mai dieses Jahres ihren zweiundneunzigjährigen Patriarchen Antonius Petrus Arida, der dreiundzwanzig Jahre lang das Oberhaupt dieser wichtigsten christlichen Gemeinschaft in der nahöstlichen Republik Libanon war. Das Problem der Nachfolge des verstorbenen Patriarchen hat die Kurie vor eine schwere Entscheidung gestellt: Sollte das seit 1736 den Maroniten zugestandene Recht, gemäß altkirchlicher Verfassung auf einer eigenen Bischofssynode den Patriarchen (mit Zweidrittelmehrheit) wählen zu dürfen, für den vorliegenden Fall in Anwendung kommen, oder sollte Rom von sich aus, kraft apostolischer Autorität, einen neuen Patriarchen einsetzen? Nach den Unionsbestimmungen ist ein Eingreifen der Kurie für den Fall vorgesehen, daß durch die maronitische Synode keine Wahl zustande kommt; doch beschränkt sich diese Intervention auf die Annullierung einer irregulären Wahl und auf Einsetzung eines zeitweiligen Patriarchatsverwalters. Daneben ist aber dem Papst das Recht vorbehalten, noch zu Lebzeiten eines Patriarchen einen Koadjutor cum iure successionis zu ernennen, der ohne Zusammentreten der Synode Patriarch werden kann (K. Friz, Die maronitische Kirche, in: Kyrios, 3. Jhg. 1938, S. 101).

Wer die kirchlichen Verhältnisse im Nahen Osten, wo Religion und Volkstum eng miteinander verquickt sind, auch nur einigermaßen kennt, kann sich eine Vorstellung davon machen, wie die Frage der Patriarchenwahl die Gemüter erregt hat. Auf dem Gebiet des früheren türkischen Reichs stellt jede religiöse Gemeinschaft gleichzeitig eine politische Einheit dar. Ein großer Teil des Zivilrechts unterliegt dem kirchlichen Gericht. Die verschiedenen Kirchen und Religionsgemeinschaften haben ihre Abgeordneten in den Parlamenten. Das gesamte Kirchengut ist praktisch in den Händen des Episkopats. Die Geistlichkeit ist mit administrativen, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben betraut. Das Gewicht der maronitischen Kirche und ihrer Leitung geht daraus hervor, daß (nach einer Statistik für 1952) die Maroniten mit 378 000 Anhängern von den fünfzehn Religionsgemeinschaften der Republik Libanon (1,3 Millionen Einwohner) die

weitaus stärkste Gruppe sind. Von den 44 Abgeordneten-sitzen der Libanesischen Kammer nehmen sie 13 ein. Ihr Patriarch verfügt über einen beträchtlichen politischen Einfluß. Von allen orientalischen Patriarchen unierter Kirchen hat er die größten Vollmachten. Ein Drittel des Bodens der Republik ist im Besitz der maronitischen Klöster. Für die Unionsbestrebungen unter den orientalischen Christen sind die Maroniten insofern von Bedeutung, als sie die einzige Volksgruppe sind, die sich geschlossen zur Union mit Rom bekennt.

Gefahr für die Einheit der maronitischen Kirche

Aber dieses Verhältnis wurde in letzter Zeit schweren Belastungen ausgesetzt. Waren die Maroniten bisher entschlossene Parteigänger Frankreichs und ihre Führer oft von ausschließlich französischer Bildung und hatte man bisher die Politik der Westmächte, die mit der Bildung des Staates Libanon (mit christlicher Mehrheit) ein Gegengewicht gegen (das überwiegend mohammedanische) Syrien schaffen wollten, unterstützt, so begann man sich doch schon zu Zeiten des französischen Mandats dem Widerstand gegen die westliche Kolonialpolitik und den Tendenzen eines zunehmenden syrischen und gesamtarabischen Nationalbewußtseins anzuschließen. Der verstorbene Patriarch versicherte die (zumeist mohammedanischen!) Nationalisten Syriens schon 1936 seiner „freundschaftlichen Gesinnung“. Er betonte die Gemeinsamkeit der Interessen und die „Einheit der Herzen“ mit den „syrischen Brüdern“ (a. a. O. S. 103). Wenn sich auch damalige arabische Pressestimmen über angebliche Tendenzen des maronitischen Patriarchats, sich von der römischen Kirche zu trennen, als grundlos erwiesen, so darf man die Unabhängigkeitstendenzen in der maronitischen Bevölkerung und einem Teil der Geistlichkeit doch keineswegs unterschätzen. Daß diese von dem verstorbenen Patriarchen nicht energisch genug bekämpft wurden, scheint der Grund für gewisse Konflikte mit dem Vatikan gewesen zu sein, und vielleicht hängt es auch damit zusammen, daß Rom bei der Verleihung der Kardinalswürde an orientalische Hierarchen die viel kleineren unierten Kirchen der Syrer und Armenier berücksichtigte, nicht aber die bedeutendere maronitische Kirche. Angesichts des stark um sich greifenden arabischen Nationalismus einerseits und der sich diesem anpassenden oder gar ihn geschickt ausnutzenden Kirchenpolitik der Orthodoxen (Patriarchate von Antiochien und Moskau) andererseits *muß* die maronitische Gemeinschaft heute, wenn sie sich halten will, ihre östliche Eigenart und Eigenständigkeit ganz besonders hervorkehren. Hierbei bedeutet die Bindung an Rom, das seit den Kreuzzügen und bis ins 20. Jahrhundert hinein im ganzen Nahen Osten als Bundesgenosse Frankreichs oder unter dessen Schutz auftrat, eine schwere Belastung.

Es war abzusehen, daß nach dem Tode des Patriarchen Arida eine für die Einheit der maronitischen Kirche und ihre Union mit Rom äußerst gefährliche Situation entstehen mußte. Es bestand die Gefahr, daß die berechtigten Autonomiewünsche der Maroniten hinsichtlich der Neuwahl des Patriarchen von allen unionsfeindlichen Kräften im eigenen und in allen anderen Lagern ausgenutzt und mißbraucht würden.

Die Entscheidung Roms

Kurz nach dem Tode des Patriarchen gab der Vorsitzende der apostolischen Bischofskommission, die seit 1948 für den

durch Alter und Krankheit behinderten Patriarchen die Geschäfte führte, ein päpstliches Dekret bekannt, das schon von 1952 datiert war. Es bestimmte, daß im Falle des Ablebens des Patriarchen die apostolische Kommission im Amt bleibt und daß für alle weiteren Maßnahmen Instruktionen aus Rom abzuwarten seien. Während einige — anscheinend aus Besorgnis vor einer Uneinigkeit des Episkopats über die Person des neuen Patriarchen — eine direkte Ernennung durch den Heiligen Stuhl befürworteten, war die Mehrheit der führenden Maroniten für die Auflösung der apostolischen Kommission und für Abhaltung der Wahl durch die maronitische Synode. Die libanesischen Abgeordneten und Minister baten ihren Gesandten in Rom um entsprechende Schritte beim Vatikan. Das Staatsoberhaupt wandte sich mit persönlichen Schreiben an den Papst. In der Ungewißheit über die Entscheidung Roms unterwarf sich ihr die öffentliche Meinung von vornherein, doch äußerte die überwiegende Mehrheit der Pressestimmen dabei offen den Wunsch, daß die alten Vorrechte gewahrt würden. Ein angesehener Priester, der die Befugnisse der apostolischen Kommission als null und nichtig bezeichnete, wurde von dieser suspendiert. Am 28. Mai, als die Presse mit der Polemik für oder gegen diesen Priester angefüllt war, gab der Apostolische Delegat in Jerusalem, Msgr. Oddi, als Sonderbevollmächtigter des Heiligen Stuhls die Entscheidung Roms bekannt: Auflösung der apostolischen Kommission und Ernennung ihres Vorsitzenden, Msgr. Meouchis, bisher Bischof von Tyrus, zum Patriarchen.

Das päpstliche Schreiben versichert die maronitische Nation des besonderen Wohlwollens des Heiligen Stuhls. Wenn in diesem Fall der Heilige Stuhl vom Recht der Ernennung des Patriarchen Gebrauch mache, so bedürfe es doch keiner Versicherung, daß der Heilige Vater keineswegs die Sondervorrechte der maronitischen Kirche antasten wolle. „Durch Unseren Eifer und nicht minder durch die Verpflichtung des höchsten Apostolats dazu angehalten, die patriarchalische maronitische Kirche, die von so vielen Gefahren bedroht ist, vor einem längeren Ausbleiben des Schutzes ihres Hirten zu bewahren, wenden Wir ihr erneut Unsere Fürsorge zu und wollen mit der Besetzung des Patriarchenstuhles die Maßnahmen, die Wir kürzlich zum Wohle eurer Gläubigen ergriffen haben, vervollständigen und vollenden.“

Der päpstlichen Entscheidung beugten sich Klerus und Gläubige einmütig. „Diese würdevolle Haltung der maronitischen Kirche“, schrieb die von den Weißen Vätern in Jerusalem herausgegebene Zeitschrift „Proche Orient Chrétien“, „... stärkte ihr Prestige und trug ihr die Achtung aller Libanesen, ob Katholiken oder Nichtkatholiken, ob Christen oder Nichtchristen, ein, von denen einige ohne Zweifel mit Spaltungen und Revolten gerechnet oder gar darauf spekuliert hatten.“

Nichtkatholische Beobachter unterstreichen die Schockwirkung, die das römische Vorgehen in der maronitischen Kirche ausgelöst habe. Weitere Unierungsversuche mit Rom seien dadurch ernstlich in Frage gestellt. Nach einer Pressemeldung hätten fünf maronitische Erzbischöfe bereits Anfang Juni einen Brief an Kardinal Tisserant, den Präfekten der Kongregation für die Orientalische Kirche, gerichtet und ihrer Sorge wegen der vom Vatikan gegenüber ihrer Kirche angewandten Maßnahmen Ausdruck gegeben. Man kann sich leicht vorstellen, daß das Ereignis von antirömischer Seite zu Propagandazwecken ausgenutzt wird.

Ein Fall Finaly in Israel

Einer im Juni 1955 gefällten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in Israel wurde eine Anschauung zugrunde gelegt, welche der von der Israelregierung im Falle Finaly geäußerten genau widerspricht (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 319 ff.). Diese Entscheidung wurde in der französischen Presse zum Anlaß genommen, noch einmal auf die Finalyaffäre einzugehen (KNA, 28. 7. 55).

In der Affäre Finaly hatte die israelische Regierung darauf bestanden, daß die beiden Kinder des jüdischen, mit seiner Frau umgebrachten Arztes Dr. Finaly, die von ihrer katholischen Retterin katholisch getauft worden waren, der Obhut ihrer Verwandten in Israel übergeben würden. Die Brüder Finaly wurden dann, gegen den Beschluß der französischen Gerichte, nach Israel gebracht.

Bei der jetzigen Entscheidung des israelischen Gerichtes handelte es sich darum, daß ein Kind, welches in einer fremden Familie großgezogen wurde, von einem in den USA lebenden Onkel adoptiert werden sollte. Beide Parteien waren Juden. Das Gericht lehnte den Antrag des Onkels ab und begründete seine Entscheidung damit, daß bei Adoptionen die Bindungen der Zuneigung und Gewohnheit des Kindes wichtiger sind als die der Blutsverwandtschaft. Diesen Gesichtspunkt hatte man im Falle Finaly nicht gelten lassen.

Man darf freilich nicht vergessen, daß — in Israel wie anderswo — gelegentlich ein recht großer Unterschied besteht zwischen dem, was die israelische Regierung ad hoc geltend macht — im Falle Finaly z. B. — und den wirklich unabhängigen Entscheidungen des höchsten israelischen Gerichtshofes, welche durch Gesetz oder Präzedenz begründet werden müssen. Es kommt oft genug vor, daß dieser Gerichtshof gegen die Regierung entscheidet. Hätte er im Falle Finaly ein Urteil im Sinne der Regierung gefällt, dann wäre nach israelischem Recht diese neuere Entscheidung nicht möglich gewesen.

Der Fall Finaly ist also faktisch politisch und nicht nach den in diesem Einzelfall liegenden sachlichen Gesichtspunkten gelöst worden. Hier kam vielmehr ein bereits seit Jahren währender Streit über die Rechte an jüdischen Kindern, welche während des Krieges von Christen gerettet wurden, noch einmal zum Ausbruch. Wenn es zwischen den Parteien zu einer Einigung über die christliche oder jüdische Erziehung der Kinder gekommen wäre, dann hätte es nie eine Affäre Finaly gegeben.

Es zeigen sich jedoch, abgesehen von dem berichteten Fall, in Israel Anzeichen dafür, daß die Regierung die Ausreise von Kindern, welche sich einmal im Lande befinden, um jeden Preis zu erschweren sucht. Hierzu gehört natürlich, daß die Auswanderung von Kindern durch Adoption, aber auch durch die Auswanderung der Eltern, möglichst verhindert wird. So entschied ein Haifaer Gericht gegen einen in Österreich lebenden Konvertiten aus dem Judentum, dessen zwei Töchter in einem jüdischen Internat halb auf Staatskosten und jüdisch erzogen wurden, gegen den Antrag des Vaters, der seine Kinder nach Österreich kommen lassen wollte. Die Entscheidung wurde damit begründet, daß die Kinder sich in Israel sehr wohl fühlten und nicht den Wunsch hätten, das Land zu verlassen. Der Wechsel der Schule, der Sprache und des Milieus würden für sie sehr ungünstige Folgen haben. Der Prozeß ist noch nicht in der letzten Instanz entschieden. Allen diesen Fällen liegt letzten Endes nichts anderes als ein merkwürdiger Pseudopatriotismus zugrunde, der in

menschlichen Problemen immer Verheerungen anrichtet. Die Schwierigkeit gerichtlicher Entscheidungen über das Wohl und Wehe von Kindern ist ja in verschiedenen Fällen, die vor deutschen bzw. Gerichten der Besatzungsbehörden in letzter Zeit verhandelt wurden, auch bei uns recht deutlich geworden.

Aus den Missionen

Die geistige Not der Universitätsjugend Japans. Missions- gebetsmeinung für Dezember 1955

Seit dem Jahre 1950 hat der deutsche Jesuitenpater Franz Xaver Bosch, Studentenseelsorger in Tokyo, in regelmäßigen Abständen über die geistige und seelische Lage der Studenten Japans berichtet (vgl. „Die katholischen Missionen“, 4/1950, 3/1952, 1/1955). Zeigten die früheren Berichte eine Jugend, die noch unmittelbar unter dem Schock des Kriegserlebnisses stand und sich in Unterernährung und meist in bitterer Armut durch werkstudentische Tätigkeit ihr Studiengeld verdiente, so stellt der letzte Bericht einige bemerkenswerte Veränderungen in der äußeren Lage der Studenten und auch in ihrer seelischen Haltung fest. War der Student in den ersten Nachkriegsjahren physisch hungrig und in diesem Zustand auch geistig hungriger, so hat sich inzwischen seine materielle Lage so stark gebessert, daß seine Interessen in einem praktischen Materialismus aufgehen. Politisch hat der Kommunismus an den Universitäten nur noch etwa 5% Anhänger. Dagegen ist philosophisch der Marxismus mit seinem dialektischen Spiel eine erste Macht und wird wohl nur noch vom Existentialismus übertroffen, der das Vakuum füllen soll, das in der Seele der Jugend nach der Zerschlagung der nationalistischen Ideale und der Abwendung von einem lebensunwirklichen Buddhismus (und mit ihm von jeder Religion) entstanden war. P. Bosch schätzt, daß 90% der japanischen Studenten sich zu einem marxistisch oder existentialistisch begründeten Atheismus bekennen. Aber schon 1953 hatte der Verfasser in einem Aufsatz „Sind unsere Studenten atheistisch?“ (The Missionary Bulletin, Tokyo, 6/1953) festgestellt: Ihr Atheismus ist verschieden von dem fanatischen Gotteshaf, der manche Atheisten des Westens kennzeichnet. Ihr Geist ist durch die Bücher des Europa des 19. Jahrhunderts beeinflusst, die sie drängen, die Existenz Gottes zu leugnen, aber ihre Herzen sind nicht von Gotteshaf entflammt. Ihre Gottesleugnung ist, um eine glückliche Unterscheidung Newmans zu gebrauchen, „notional“, aber nicht „real“. Sie ist nicht bis in die Tiefen des eigenen Seins gedrungen. Absolute Atheisten wie Nietzsche, Marx und Sartre gibt es sehr wenige unter den Studenten. Viele sind Pseudo-Atheisten, d. h., sie glauben, daß sie nicht an Gott glauben. Der Gott, den sie leugnen, ist irgendeine Fiktion oder ein Idol ihrer Einbildung, das ihnen durch die Erziehung im nichtchristlichen Ideenkreis (vgl. die „kami“ des Shintoismus) suggeriert wurde. Man kann es den Studenten nicht übelnehmen, wenn sie solche Vorstellungen von sich weisen. Sie wissen tatsächlich nichts über den echten Gottesbegriff und können ihn deshalb auch nicht ablehnen. Der Mensch in ihnen aber ist in großer Unruhe. Die rein positivistische Bildung, die sie an Japans Hochschulen erhalten, wirft ihre suchende Seele auf sich selbst zurück. Sie fühlen ihre eigene Unzulänglichkeit, hungern nach Liebe und Verstehen und suchen irgend etwas, woran sie sich anlehnen können. Andererseits

sind sie auch wieder versucht, sich ganz auf sich selbst zu stellen. Zweifellos übt der Sexus einen unheimlichen Einfluß auf die akademische Jugend Japans aus, einen größeren als „der Gott“ Marx. Aber der bedeutendste und größte dieser selbstgemachten „Götter“ ist das eigene „Ich“, das sich stolz erhebt und dann die Verdemütigung schmerzvoll empfindet, wenn die Selbstvergötterung mißlingt. Die gehobenen materiellen Lebensbedingungen und der Abstand von den Tragödien des Krieges haben die Studenten geistig anspruchsloser und oberflächlicher gemacht. Von einem restaurativen Denken im Sinne des Shintoismus ist wenig zu merken. Es besteht ein Abgrund zwischen dem, was die ältere Generation denkt und fühlt, und dem, was die Jugend erstrebt, wie der englische Jesuitenphilosoph Martin C. D'Arcy feststellte, der zu Beginn dieses Jahres sieben Wochen lang die Universitäten Japans besuchte und einen intensiven Gedankenaustausch mit Professoren und Studenten hatte.

Die Universitätsumwelt

P. D'Arcy kam zu der Überzeugung, daß es an den Hochschulen an jeder echten Führung fehlt. Die Professoren hätten mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen der Jugend anscheinend nichts zu bieten: „Statt Weisheit zu geben, bemühen sich die Universitäten heute, eine Anhäufung von Wissen, auf allen Gebieten das letzte ‚Neue‘ zu vermitteln. Die Jugend sucht Einheit. Deshalb übt der Kommunismus eine solche Anziehungskraft aus. Er gibt ein bestimmtes Ziel für das Leben, mag es auch ein falsches Ziel sein . . . Das Unglück im heutigen Japan ist, daß es beim Westen nur die neuesten technischen Errungenschaften sucht. Auf diese Weise wird es seine Probleme nur vermehren und dieselben Katastrophen heraufbeschwören, die der Materialismus dem Westen brachte. Warum kann der Japaner nicht einige der schlimmsten Dinge, die sich im Westen ereigneten, überspringen, indem er die schalen opportunistischen Ideen westlicher Materialisten vermeidet?“ Als typisch bezeichnete P. D'Arcy die Antwort, die er auf die Frage, was wohl das Wichtigste in der Erziehung japanischer Studenten sei, von einem Universitätsprofessor erhielt: „Studenten sollen im Geist absoluter Kritik erzogen werden!“ Als der Jesuit fragte, was denn als letzte Norm und Grundlage einer gesunden kritischen Einstellung zu gelten habe, war die Antwort ein überraschtes „Gibt es überhaupt so etwas?“

Die Psychologie einer solchen Haltung der Hochschulintelligenz beschrieb der am 28. 9. ds. J. unerwartet verstorbene P. Sauveur Candau von der Pariser Missionsgesellschaft, einer der ältesten und gelehrtesten Japanmissionare, in einer Artikelserie „Vom Apostolat in den ‚Intelligenz‘-Kreisen Japans“ (The Missionary Bulletin, April/Juni 1955). Japan habe nach seiner langen Selbstabsperzung von der westlichen Welt mit der Assimilation von zahllosen Ideen, an deren Erarbeitung es unbeteiligt war, so viel zu tun gehabt, daß es den Sinn für selbständiges Suchen an den Quellen verlor. Das gelte selbst für die Beurteilung seiner eigenen Werte, die es sich erst durch gelehrte europäische Werke über die asiatische Kultur klarmachen konnte: „Es scheint, daß man die japanischen Intellektuellenkreise nicht so sehr durch die Funktion geistiger Produktion definieren kann, sondern durch die Funktion intellektueller Information. Mit anderen Worten: nicht jener ist in Japan intellektueller, dessen Beruf Denkarbeit ist, vielmehr jener,

dessen Feld der Lektüre ihn mit dem westlichen Denken und den westlichen Denkern in Berührung bringt. Von einer ausgesprochenen Neigung zum Spezialistentum ausgehend, vertieft sich der japanische Intellektuelle mit peinlicher Genauigkeit und Geduld in die Bereiche des Wissens. Von allem weiß er „ein wenig“, „irgend etwas“ und gelangt so zu einer Summe von wenig zusammenhängenden oberflächlichen Kenntnissen. Die japanische Allgemeinbildung ist analytischer, nicht synthetischer Art wie im Westen. Bei der ersten Berührung mit dem Westen scheint Japan den Eindruck gehabt zu haben, daß die ganze „Zivilisation“ nur ein kompliziertes Gewebe von Systemen und Methoden sei, die den Weg des wissenschaftlichen Fortschritts begleiten. Der moderne Japaner liebt die experimentellen Wissenschaften derart, daß er nur die Ergebnisse des Experiments als Wahrheit ansehen möchte. Nur das, was man unter dem Mikroskop beobachten oder mit dem Geiger-Zähler messen kann, gilt als Wissenschaft. Dabei hat der Japaner von Haus aus durchaus eine metaphysische Veranlagung. Sehr viele japanische Intellektuelle setzen alle metaphysischen Systeme und alle Religionsvorstellungen in Gegensatz zur „Wissenschaft“. Nur letztere ist „Wirklichkeit“, das übrige eine bloße „Setzung“, da sie nicht durch Experiment erhärtet werden kann. Stellt man dagegen z. B. das Christentum als einen „Weg“ dar, auf dem man ein Ziel sucht, so findet man eher Verstehen und Interesse. P. Candau gibt zu, daß es in Japan ausgesprochen deduktive Köpfe gibt. Aber sie sind Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Unentwickelte Ethik

In einer weit ausholenden Betrachtung zeigt Candau des weiteren, wie die geschichtliche Entwicklung Japans das Volk von jeher dazu brachte, ohne eigenes Urteil der „Macht“ zu gehorchen. Zwar hat die konfuzianische Moral eine große Masse japanischer Intellektueller beeindruckt, eine Moral, die sicherlich der Naturethik, wie wir Christen sie verstehen, verwandt ist. Daß man aber im Namen der göttlichen Vernunft, die im Naturgesetz sich zum Ausdruck bringt, unter Umständen der „Macht“ widerstehen muß, wird kaum verstanden. Es sei an dieser Stelle eingeschaltet, daß der bekannte Konvertit Kotaro Tanaka, heute Präsident des obersten Gerichtshofs in Japan, gerade über das Studium der Rechtsphilosophie zur Anerkennung des Naturrechts und der katholischen Lehren über das Naturrecht kam. „Ein falscher Begriff der Macht, das Fehlen einer philosophischen Konzeption des Gesetzes sind“, so sagt Candau, „die Ursachen der ausnehmend großen Ängstlichkeit und Knetbarkeit der japanischen Intellektuellen in schweren politischen Krisen. Wir haben das in der Periode des Militarismus festgestellt. Wir werden es erneut erleben, wenn Japan je kommunistisch werden sollte.“ So erklärt sich der japanische Konformismus als ein Ungenügen intellektueller Ordnung, das die Moral entinnerlicht hat und so viele Japaner verführt, mehr den äußeren Anschluß an die Vorschriften der Autorität als die eigene Stellungnahme dazu zu suchen.

Im Urteil der Japaner selbst

P. Candau ist sich der Gefahr verallgemeinernder Betrachtung bewußt, zumal er selbst ja kein Japaner ist. Aber manche seiner Feststellungen werden von modernen japanischen Literaten selbst bestätigt, die sich in Analysen ihres Volkes versuchten. Aus neuen Büchern stellte Joseph Roggendorf SJ im „Missionary Bulletin“ (1/1954) eine

Reihe solcher Äußerungen zusammen. Da lesen wir eine Stellungnahme des alten Novellisten Nagayo Yoshio, der meint, die Japaner neigten im allgemeinen einem mehr pragmatischen Denken zu und zögen den Kompromiß eindeutig klaren Lösungen vor. Der Kritiker Kamei Katsuchiuro unterstreicht die japanische Neigung, zwischen Extremen zu oszillieren. Er stellt fest, seine modernen Landsleute seien sowohl dem traditionellen Japan als auch Europa fremd geworden, und zwar wegen der oberflächlichen Hast, mit der sie sich verwestlichen: „Sie wurden so zu intellektuellen Vagabunden, die zwischen dem Anruf des Westens und Ostens zerrieben werden. Der Geist des Durchschnittsjapaners ist voll von unverdauten Brocken aus der ganzen Welt, ein ‚Internationales Museum, Fernost-Abteilung Japan‘.“ Der Verfasser beklagt bei seinen modernen Landsleuten ein Denken in übereinfachen Kontrasten und eine Leidenschaft zu ungeduldigen geistigen Kurzschlüssen, deren tragische Konsequenz das Verschwinden des sittlichen Bewußtseins sei. Auf intellektuellem Gebiete habe das moderne Japan kein geeintes System, keine Synthese hervorgebracht. Fügen wir hier das Urteil des Kanzlers der Erzdiözese Tokyo, Dr. Lorenz Satoshi Nagae, hinzu: „Japan hat gierig die westliche Zivilisation in sich aufgenommen... Die Religion des Westens hat es jedoch nicht mitbekommen. Der Westen bot ihm eine Zivilisation an, die weder katholisch noch christlich war. In ihrer Grundstruktur war sie gottlos und materialistisch. Die Folge davon war, daß Japan in geistig-religiöser Hinsicht eines der ärmsten Länder der Welt wurde...“ („Die kath. Missionen“, 4/1955).

Die Wiedereinführung des Moralunterrichts in den Schulen

Man kann den japanischen Studenten nicht voll begreifen, wenn man nicht auch seine Schulbildung von der ersten Volksschulklasse an in Betracht zieht. Früher wurde in den Schulen ein Moralunterricht erteilt, der auf der konfuzianischen Moral der Ehrfurcht vor den Lebensordnungen gründete, aber durch Überlagerung mit einer zweckhaften nationalistischen Ideologie (Kaiserkult, Shintoismus) immer mehr seinen echten naturhaften Bindungen entfremdet wurde. Kein Wunder, daß mit dem politischen Zusammenbruch des letzten Krieges der ideologische einherging, der auch die ethische Welt der Werte traf. Man schaffte den Moralunterricht ab und ersetzte ihn durch „Soziale Erziehung“. Darunter verstand man u. a. Geographie, Geschichte, Organisation der Freizeit, Studium der Transportmittel, Landwirtschaftslehre, Haushaltungskunde usw. Ein solches Programm gab der Jugend keinerlei Lebensnorm, keine Prinzipien, um Gut und Böse zu unterscheiden. Die Folge war Verwilderung der Jugend. Im Jahre 1952 begann die Regierung schüchterne Versuche, den „Sozialen Unterricht“ in Richtung auf eine Moralerziehung zu unterbauen. Eltern und Lehrerschaft arbeiteten „Führer sittlicher Erziehung“ aus, die aber den Lehrern nur zur persönlichen Orientierung an die Hand gegeben wurden. Die Anleitung zu moralischer Erziehung der Stadt Tokyo (vgl. „Lumen Vitae“ 9. Jhg. Heft 2, 1954) zeigt, daß man sich über Zweck und Methoden der Moralerziehung überhaupt nicht einig war. Inhaltlich atmet das Büchlein einen absoluten Moralpositivismus. Das sittliche Bewußtsein wird als bloßes psychologisches Phänomen betrachtet. Die Morallehren wechseln (nach den Autoren) je nach Zeit und Umwelt. Der frühere Schuldirektor und spätere Unterrichtsminister Dr. Teiyu Amano, Führer des japanischen Kantianismus, setzte sich

im Sinne seiner philosophischen Anschauungen stark dafür ein, daß man den Kindern die Moralprinzipien als ewig und unveränderlich darstellen müsse. Daraufhin wurde er in der Öffentlichkeit reaktionärer und totalitaristischer Haltung beschuldigt. Derselbe Gelehrte, der von katholischer Seite hochgeachtet wird, wurde übrigens jüngst zu einem Vortrag vor den Graduierten des Seisen Catholic Women's College zu Yokosuka eingeladen und bemühte sich, das System Kants als völlig vereinbar mit der katholischen Weltanschauung hinzustellen. Diese Tatsache zeigt, wie wenig selbst hochgebildete Japaner imstande sind, sich die geistigen Grundlagen unserer Weltanschauung klarzumachen (vgl. „Worldmission“, 2/1955). Die neuen Versuche einer Moralerziehung in den Schulen zwingen die unreife Jugend, sich selbst ein Urteil über den Inhalt der Moral zu bilden, und erziehen sie so zu jener hemmungslosen Kritik, die man bei den Studenten der Hochschulen in stärkster Ausprägung erlebt. Die Zusammenhänge zwischen dem Moralunterricht in den Schulen und der geistigen Haltung der Studentengeneration von heute sind also klar und deutlich. Der neue Moralunterricht muß auch völlig darauf verzichten, das Beispiel der Eltern oder großer sittlicher Persönlichkeiten der Jugend als Anreiz zur Nachahmung vorzustellen. Denn es gibt ja keine objektiv gültige Moralordnung! Das Handbuch von Tokyo betrachtet als böse, was die gesellschaftliche Harmonie stört, und appelliert an das Unbehagen, das man selbst empfindet, wenn man durch andere verletzt wird, um den Sinn des „moralischen“ Handelns klarzumachen. Es ist unter solchen Umständen alles von der Erzieherpersönlichkeit als solchen abhängig, soll das Kind ein echtes sittliches Empfinden gewinnen. In den katholischen Mittelschulen hat man festgestellt, daß die große Mehrheit der aus den staatlichen Volksschulen kommenden Kinder schon von materialistischen und relativistischen Maximen durchdrungen ist. Hinsichtlich der Religion, selbst der Naturreligion, sind sie „unbeschriebene Blätter“. Das wirft auch ein Licht auf die Gefahren, denen die 40 000 katholischen Kinder unterworfen sind, die nichtkatholische Schulen besuchen. (Nur 8000 werden in katholischen Schulen erzogen.) Die außerschulische Beeinflussung dieser gefährdeten katholischen Kinder ist dringendes Gebot. Da nichts im Wege steht, daß katholische Lehrer selbst in den Staatsschulen eine natürliche Moral lehren, die zwar nicht von der Offenbarung abhängt, aber von ihr erleuchtet ist, haben die Jesuiten des Eiko-Kollegs von Yokosuka die Herausgabe von Moralhandbüchern für den Sekundärunterricht unternommen, von denen zwei Hefte vorliegen: „Der rechtschaffene Mensch“ und „Der Staatsbürger“. Die Verhältnisse zwingen, bereits vor Dreizehnjährigen Fragen des Evolutionismus und des Moralrelativismus zu behandeln, da die Kinder von diesen Dingen durch Illustrierte und Rundfunk erfahren. Mit 16 Jahren ist sonst schon der religiöse Sinn bei ihnen vollkommen zugedeckt. Das uniforme, monolithische System der Staatsschule ist jedenfalls der Hauptverantwortliche für die geistige Not der Studenten an den Universitäten. Es herrscht in diesen Schulen ein anti-religiöser und materialistischer Grundzug. Und solange diese Situation andauert, ist mit einer schnellen Ausbreitung der Kirche in Japan nicht zu rechnen.

Was getan werden kann

Angesichts dieser Lage ist das Apostolat unter der nicht geringen Zahl katholischer Lehrer an den Staatsschulen,

die zum Teil eine bewundernswerte religiöse Haltung zeigen, eines der wichtigsten Mittel, um wenigstens einen kleinen Einfluß auf den Geist der öffentlichen Schulen auszuüben. Vor anderen Unternehmungen müßte diesem Lehrerapostolat ein absoluter Vorrang eingeräumt werden. In den Mittelschulen ist zur Beeinflussung der Schüler die Bildung kleiner Studiengruppen möglich. Manche Direktoren werden selbst innerhalb des Unterrichtsplanes eine objektive Darstellung katholischen Denkens und katholischer Kultur gestatten. So schafft man erste persönliche Kontakte, die sich durch Heranführen der Jugend an katholisches Leben (Freizeitgestaltung usw.) zu sozialen Kontakten ausweiten können.

Es ist schwierig, sich religiös-ethisch den Universitätsstudenten zu nähern, die in der Atmosphäre aufwuchsen, die eben skizziert wurde. Die Anpassung an die östliche Mentalität spielt dabei nicht die Rolle, die manche ihr zuweisen möchten. Es ist sicher, daß der Japaner sich in den Netzen der westlichen Logik nicht recht wohl fühlt, und er benutzt die Argumentation nicht, um die Wahrheit zu erwerben, sondern sie mitzuteilen (dabei ein Gemisch von Induktion und Deduktion gebrauchend). Ist die Logik in der ganzen Welt dieselbe, so folgt der Japaner nicht der westlichen Methode, sondern einer anderen, von der indischen Sophistik entlehnten (nach P. Candau). Andererseits haben die Erfahrungen der Studentenpfarrer in Japan gezeigt, daß der Mensch im Osten und im Westen derselbe ist. Man muß den Menschen im jungen Japaner ansprechen, um die Antwort des Menschen in ihm zu vernehmen. Psychologie ist hier weit wichtiger als dialektische Gewandtheit. P. Bosch skizziert seine eigene Methode wie folgt: Ein Übermaß von liebender Freundlichkeit und Geduld ist notwendig, um den selbstbewußten und auf sein Ich pochenden Studenten zur Erkenntnis der Begrenzungen zu bringen, die unerbittlich seinem Ich auferlegt sind. Wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, haben Gottesbeweise keinen Sinn. Wo Demut fehlt, ist jede Argumentation Zeitvergeudung, da die sophistischen Einwürfe gegen die Existenz Gottes ihre Wurzeln in einer unbewußten Selbstvergötterung haben, die nicht nur für die Jugend Japans charakteristisch ist. P. Bosch empfiehlt auch, die jungen Leute zunächst skeptisch gegen ihren eigenen Skeptizismus zu machen, und zwar unter Hinweis auf die neuesten naturwissenschaftlichen und anthropologischen Forschungen. Die Umkehr bleibt auf jeden Fall ein langer Weg. Denn lang war auch die Zeit, in der der junge Japaner mit materialistischem und areligiösem Gedankengut geistig genährt wurde. „Nicht hitzige Argumente oder Beweise, sondern eher eine wohlwollende und verstehende Liebe wird die Herzen dieser jungen Leute öffnen. Bei solcher Behandlung werden sie früher oder später den Gott finden, der die Liebe ist“ (P. Bosch in: „The Missionary Bulletin“, 6/1953).

Ökumenische Nachrichten

Die VELKD wünscht Gespräche mit der römisch-katholischen Kirche

Die lutherische Erregung über den Brief des Heiligen Vaters zur St.-Ulrichs-Woche in Augsburg hat zu einem Ergebnis geführt, das nicht ohne weiteres vorauszusehen war. In der Schlußkundgebung zu den lutherischen Festtagen in Augsburg anlässlich des 400. Gedenktages des Religionsfriedens vom 25. September 1555 erklärte der leitende Bischof der VELKD, D.